

Lübecker

Tageszeitung für



Volksbote

Das arbeitende Volk

Nummer 21

Mittwoch, 25. Januar 1928

35. Jahrgang

Die große Trommel

Agrarkrise als deutsch-nationale Wahlkammer / Auf hundert Millionen Steuergelder kommt es nicht an

Stimmengang statt Hilfsmaßnahmen!

Fast Tage lang hat der Orkan der agrarischen Propaganda geblüht. Auf Mühen inzentrieren man einen Pächterstreit und die landwirtschaftliche Notwoche in Stettin gebat wahre Ungehener an Projekten der Reichslandbundesführer, um der hereinbrechenden Agrarkrise beizukommen. Jetzt hält der Reichsernährungsminister Schiele den Augenblick für gekommen, die Wünsche des Reichslandbundes im Kabinett durchzusetzen. Er fordert zunächst einen neuen Kredit für die Landwirtschaft in Höhe von 100 Millionen Mark. Ancheinend knüpft der Reichsernährungsminister mit dieser neuen Kreditforderung an eine Reihe vorliegender Projekte an, von denen das eine bestimmterweise vom deutsch-nationalen Reichstagsabgeordneten Eugen Herga stammt. Die Projekte sehen u. a. vor, der Landwirtschaft die Zinsleistung für die Rentengrundschuld in Höhe von 2 Milliarden Mark zu 5 Prozent, was pro Jahr 100 Millionen Mark ausmacht, zu erlassen. Nach Lage der Dinge bedeutet die Verwirklichung dieses Planes, daß die gesamte Rentengrundschuld der Landwirtschaft gestrichen wird.

Im Reichskabinett soll sich der Reichsfinanzminister Köhler vorläufig noch gegen die neuen Subventionen wehren, weil dafür keine Mittel mehr vorhanden sind. Der Reichsfinanzminister ist anscheinend auch davon überzeugt, daß der geforderte Kredit ein fohnd perdu gegeben wird. Die Reichskassen werden die Millionen zweifellos nie wiedersehen; denn wenn die Fälligkeitstermine nahten, dürften die Kredite ebenso wie die anderen notleidend sein. Das Ende vom Lied ist dann, daß die Agrarier wieder neue Subventionen fordern. Trotzdem wird sich das Kabinett wahrscheinlich dem Wunsch des Reichsernährungsministers fügen. Vielleicht werden seine Forderungen nicht restlos erfüllt, aber 50 Millionen werden sicherlich an neuen Krediten locker gemacht. Dieser Kampf um neue Agrarkredite ist letzten Endes nichts anderes als ein Kampf um die Wahlpapare. Durch die Kreditaktion soll der kommende Reichstagswahlkampf zugunsten der deutsch-nationalen Partei vorbereitet und beeinflusst werden.

Es ist bereits ausreichend bekannt, daß die Agrarpolitik des gegenwärtigen „Ministers für die Ernährung der Landwirtschaft“ völlig verfaßt hat. Er hat die Landwirte in eine Katastrophe, in die hereinbrechende Agrarkrise getrieben. Um die empörten Geister bei der Stange zu halten, werden jetzt neue Kreditforderungen aufgestellt. Gibt das Reich neue Subventionen, dann kann man demnach in den Wahlversammlungen auf die „Erfolge“ Schielens verweisen. Wird der Kredit aber abgelehnt, so ergibt sich die erhoffte Gelegenheit, gegen die Koalitionsfreunde in der bekannten demagogischen Weise zu Felde zu ziehen. Ancheinend stehen auch die Volkspartei und das Zentrum so sehr unter dem Einbruch der kommenden Wahlen, daß sie die Propaganda für einen erfolgreichen Kampf höher schätzen als ihre Pflicht, den Reichsetat in Ordnung zu halten. Man wird also 50 Millionen an neuen Krediten bereitstellen, und zwar selbst auf die Gefahr hin, daß der Etat 1928 der erste Defizitetat seit der Stabilisierung sein wird. Die Sozialdemokratie braucht sich von dieser Jagd der Regierungsparteien nach Wahlparolen nicht beirren zu lassen. Sie wird in den nächsten Monaten darauf verweisen können, wie die gegenwärtige Koalition im Reich mit den Reichsfinanzen gewirtschaftet hat und das Reich abermals belastet wurde, ohne daß der Landwirtschaft dadurch im geringsten geholfen würde.

Die deutsche Landwirtschaft steht heute ohne Zweifel vor einer Wandlung, wie wir sie seit den großen Agrarrevolutionen vor gut 100 Jahren nicht erlebt haben. Die Sozialdemokratie verkennt die Not der Landwirtschaft nicht; aber sie will untaugliche Versuche am untauglichen Objekt wie die Projekte des Reichslandbundes und der Eugenbergleute vermeiden und der Landwirtschaft wirklich helfen. Diese Hilfe kann aber nur eintreten, wenn man die leistungsfähigen Betriebe rettet und die zusammenbrechenden Wirtschaften derart liquidiert, daß sich ihre Rentabilität in absehbarer Zeit wieder erreichen läßt. Das ist ein historischer Projekt von gigantischen Ausmaß. Er kommt in der Agrarpolitik Preußens zum Ausdruck, daß die zukünftigen Kreditaktionen nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorzunehmen und durchzuführen will. Man soll deshalb der preussischen Zentralgenossenschaftskasse, die das gegebene Organ ist, eine vernünftige Regelung durchzuführen, ruhig die Bearbeitung des Problems überlassen und ihr nicht ins Werk pfuschen, wie es Schiele mit seinen neuen Kreditforderungen tut. Es kommt darauf an — und das muß man endlich in allen Kreisen begreifen — die deutsche Landwirtschaft zu retten und nicht bankrotte Großbetriebe, die dem Untergang geweiht sind, über Wasser zu halten.

Rettung des bankrotten Großbetriebes ist aber das Ziel des Reichslandbundes, der Deutsch-nationalen und des Reichsernährungsministers Schiele. Deshalb hat der Abgeordnete Schlangenschönungen am Freitag der verfloffenen Woche in Stettin u. a. verlangt, daß die kommenden Kredite auch an unrentable Betriebe gewährt werden. Diese Forderung kann nur die wirkliche Rettung der deutschen Landwirtschaft verhindern. Auch die Forderung des Reichslandbundes, in den einzelnen Bezirken Reichskommissare einzusetzen, bedeutet nicht die Rettung. Solange nämlich Schiele am Ruder ist, kann diese Reichskommissare aus den Reihen des Reichslandbundes nehmen und so auf Kosten der Steuerzahler die bankrotte Politik dieser deutsch-national beeinflussten Institutionen fortführen. Trotzdem steht man in der Wilhelmstraße

im Begriff, der deutsch-nationalen Wahlkammer zu entsprechen und dem Ultimatum des deutsch-nationalen Landbündlers Schlangenschönungen nach Krediten schnellstens Rechnung zu tragen. Eine Regierung, die auf ein derartiges Ultimatum keine andere Antwort weiß als die maßlosen Forderungen der deutsch-nationalen Landbündler zu erfüllen, versichert damit auch noch auf den letzten Rest von Autorität in den breiten Schichten des deutschen Volkes.

Der Landbund droht

Die am 23. Januar in Berlin versammelten Landbündler von Brandenburg, Pommern, Schlesien, Oberschlesien, Oldenburg, Thüringen, Hannover, Hessen-Nassau, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Hansestädte Lübeck und Hamburg, Anhalt, Freistaat Sachsen, Westfalen und Provinz Sachsen veröffentlichten eine Erklärung, in der es heißt:

1. Wir dulden keine Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die wir aus eigener Scholle hervorbringen können, insbesondere nicht den Abschluß eines polnischen Handelsvertrages, der nur auf Kosten der Landwirtschaft, besonders auf Kosten der Kleinlandwirte und der Landarbeiter abgeschlossen werden kann.

2. Wir werden unsere Betriebe, so schnell wie die Wirtschaftslage des einzelnen Betriebes es erlaubt, auf die einfachste Form umstellen. Der Zuderrückenbau wird soweit unterbleiben, als nicht genügend fähige Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden.

3. Wir stehen zu allen von uns eingegangenen Verpflichtungen, können aber Zahlungen an Wechseln, Zinsen, Steuern und Abgaben nur noch aus den aufkommenden Erträgen des Betriebes zahlen. Wir werden alles daran setzen, ausreichende Löhne für unsere Arbeiter und Angestellten sicherzustellen.

4. Gegen eine zwangsweise Befriedigung aus landwirtschaftlicher Substanz werden wir von Fall zu Fall die uns nötig erscheinenden Maßnahmen ergreifen.

Vieh- und Fleischpreise

Im Haushaltsausschuß des Reichstages sagte Landwirtschaftsminister Schiele: Der Druck auf die Viehpreise ist dadurch verstärkt worden, daß im Jahre 1927 306.000 Haupt eingeführt worden sind. An Schweinen seien eingeführt 96.000 Stück. Diese Einfuhr lastet besonders schwer auf Gebieten wie Oldenburg und Hannover. Der Hamburger Markt ist gegen früher völlig verändert. Es sei bedauerlich, daß der Konsum von den niedrigen Viehpreisen keinerlei Vorteile verspüre. Die Spanne zwischen dem Stallpreise und dem Ladenpreise für Schweinefleisch habe sich gegenüber 1913 um 50 Proz. erhöht. Die Stallpreise für Schweine stellten sich heute unter die Vorkriegspreise.

Um die Hilfsaktion

Der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien beschäftigte sich am Dienstag mit der von der Regierung geplanten neuen Hilfsaktion für die Landwirtschaft. Gegen das Projekt einer Übernahme der Rentenbankschuld durch das Reich wurden starke Bedenken vorgetragen und darauf hingewiesen, daß durch eine solche Maßnahme die Kreditwürdigkeit der Landwirtschaft im Auslande stark beeinträchtigt wird. Infolge dieser Überlegungen bezieht der Ausschuß die ganze Frage nicht für spruchreif und überweist sie dem Finanzministerium zur weiteren Prüfung.

Linkskurs in Danzig

Von Ernst Loops, Danzig

Bisher war die Freie Stadt Danzig seit ihrer Begründung im Jahre 1920 mit einer kurzen Unterbrechung von einem Bürgerblock regiert worden, in welchem die Deutsch-nationalen die ausschlaggebende Partei waren. Die Volkstagswahl am 13. November vorigen Jahres brachte den Deutsch-nationalen eine arge Niederlage, während die Sozialdemokratie ihre Abgeordnetenzahl von 30 auf 42 steigern konnte und somit zur weitaus stärksten Partei des Parlaments in Danzig wurde. Infolgedessen ist in der ersten Sitzung des neuen Volkstages zum Präsidenten auch der sozialdemokratische Abgeordnete Spill gewählt worden, der bereits früher Vizepräsident des Volkstages war. Nach dem Stärkeverhältnis der Parteien wurden dieses Mal als Vizepräsidenten ein Deutsch-nationaler und ein Zentrumsabgeordneter gewählt.

Die Neubildung der Danziger Regierung ist nunmehr am Mittwoch nach Überwindung großer Schwierigkeiten erfolgt. Die neue Regierungskoalition stützt sich auf die Sozialdemokratie (42 Abgeordnete), das Zentrum (18 Abgeordnete) und die Linkliberalen (6 Abgeordnete), so daß die neue Regierungskoalition im Parlament über 66 Stimmen gegenüber 54 Stimmen der

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde u. a. auch die Kreditlage der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse erörtert und festgestellt, daß die Überwälzung des Kreditvolumens der Preussische zu Rückforderungen führe, welche die Genossenschaftszentralen und Banken stark bedrücken. Außerdem sei die Preussische durch 60 Millionen Mark Rentenbankschuld bei der Reichsbank belastet. Das Reichsfinanzministerium wird nun veruchen, der Preussische das Kontingent von 60 Millionen Mark abzunehmen. Außerdem ist der Reichsfinanzminister bereit, den im vorigen Jahr gegebenen 100-Millionen-Düngerkredit erst zwischen der Ernte 1928 und dem 31. März 1929 in Raten zurückzufordern. Dadurch wird die Preussische in Stand gesetzt, die am 1. Februar und am 1. April fälligen Wechselraten nicht zurückzufordern.

Soweit der Plan einer Auslandsanleihe für die Landwirtschaft zur Erörterung stand, wurde betont, daß sich der Auslandsogeldmarkt augenblicklich in sehr ungünstiger Verfassung befinde. Es sei jedoch eine Besserung zu hoffen. Dann wurde die Frage erörtert, ob die Begebung von Schatzwechseln zweckmäßig wäre und konstatiert, daß die Reichsregierung bei der Ausgabe von Schatzwechseln völlig von der Lage des Geldmarktes abhängig sei. Die Reichsregierung beabsichtigt jedoch, eine Summe bis zu 100 Millionen Mark als Zwischenkredite für die Überleitung der schwebenden Personalschuld in fundierte Kredite zur Verfügung zu stellen.

Wird Oberleutnant Schulz hingerichtet?

Wie die „Deutsche Zeitung“ mitteilt, sind die vier rechtskräftig zum Tode verurteilten Fememörder Oberleutnant Schulz, Leutnant Fuhmann, Feldwebel Klapproth und Feldwebel Amhoyer in die Strafanstalt Wlöhensee gebracht worden.

In Rechtskreisen steht man darin eine Vorbereitung zur Vollstreckung des Todesurteils.

Amlich wird dazu mitgeteilt: Eine Entschliekung des Preussischen Staatsministeriums darüber, ob hinsichtlich der in dem sogenannten Fememordprozess Williams ergangenen Todesurteile von dem Begründungsrecht Gebrauch gemacht werden soll, ist noch nicht erfolgt, vielmehr ist das zur Vorbereitung dieser Entschliekung erforderliche Gnadenverfahren noch nicht abgeschlossen. Aus der Tatsache, daß die Verurteilten (Oberleutnant Schulz und Genossen) nach Rechtskraft des Urteils aus dem Untersuchungsgefängnis in das Strafgefängnis Wlöhensee übergeführt worden sind, kann ein Schluß auf den Ausgang des Gnadenverfahrens nicht gezogen werden.

Wir brauchen kaum hinzuzufügen, daß wir eine Hinrichtung der Fememörder nicht wünschen. Maßgebend dafür ist vor allem unsere grundsätzliche Bekämpfung der Todesstrafe. Was wir für jeden Menschen verlangen, davon gehen wir selbstverständlich auch nicht ab, wenn es sich um unsere erbittertesten Feinde handelt. Zudem, bei aller un menschlichen Roheit, die in den Femeprozesen zutage trat, — die Männer, die heute in Wlöhensee sitzen, waren allesamt doch nur Werkzeuge einer höheren Macht. Daran ändern die gekünstelten Sprüche des Reichsgerichts nichts. Und was Schulz speziell angeht, — vier Jahre lang war er ein Held, gerade durch seine bedenkenlose Mordsucht — begreiflich genug, daß er den geschlossenen Mord nicht als Verbrecher anfah, da der geschliche ihm Ruhm und Ehre eingetragen hatte.

Das Todesurteil war für die Fememörder unumgänglich nach dem bestehenden Gesetz. Ihr Blut aber wollen wir nicht sehen; denn aus blutiger Saat ist noch nie gute Frucht entsprossen. Umwandlung in langjährige Zuchthausstrafe scheint uns der gegebene Weg.

Opposition verfügt. Es darf damit gerechnet werden, daß einige kleine Parteigruppen auch noch wohlwollende Neutralität gegenüber der neuen Regierung üben werden.

Die Sozialdemokratie hat sich zur Beteiligung an einer Koalitionsregierung vor allem deshalb entschlossen, weil nur auf diesem Wege die Durchführung einer in Danzig unbedingt notwendigen Verfassungsreform möglich ist. Die Freie Stadt, ein Staatsgebilde von 350.000 Einwohnern, hatte bisher nicht nur ein Parlament von 120 Abgeordneten, sondern auch eine Regierung von 22 Senatoren, von denen 8 als Beamte immer auf vier Jahre gewählt wurden und dann von der Volksvertretung völlig unabhängig waren und selbst bei argsten Mißerfolgen oder größter Unfähigkeit nicht zum Rücktritt gezwungen werden konnten. Dieser Mißstand der Danziger Verfassung soll nunmehr nach einem zwischen den neuen Regierungsparteien abgeschlossenen Kompromiß beseitigt werden. Der Senat wird in Zukunft nur aus 12 Personen bestehen, von denen 5 als Fachsenatoren voll bezahlt werden, während die anderen nebenamtlich wirken. Alle Senatoren werden in Zukunft auf unbestimmte Zeit gewählt und sind vom Vertrauen der Mehrheit des Volkstages abhängig. Der

Sozialdemokratie ist es durch diese Verfassungsreform gelungen, Danzig endlich von der Diktatur der nationalistischer Parteien zu befreien und das parlamentarische Regierungssystem auch in Danzig einzuführen. Eine weitere, von der Bevölkerung allgemein gewünschte Reform bringt das Verfassungspromiss der neuen Regierungsparteien noch dadurch, daß die Zahl der Abgeordneten des Volkstages von 120 auf etwa 80 herabgesetzt wird.

Ein schwieriges Problem hat der Linkserrat zu lösen bei der Ordnung der Danziger Staatsfinanzen. Seit mehreren Jahren leidet die freie Stadt Danzig an einer armen Finanzsituation. Die Einnahmen aus dem Zollanteil Danzigs bei der polnischen Republik sind in den letzten Jahren bedeutend zurückgegangen. Der frühere deutschnationalen Senat hat trotzdem in Danzig einen geradezu grotesken Verwaltungsapparat aufgebaut, um möglichst viele deutschnationalen Parteihänger in gut bezahlte Staatsstellungen unterzubringen.

Wie wenig für die Deutschnationalen als Regierungspartei das Staatswohl maßgebend ist, zeigt sie noch in den letzten Wochen ihrer Regierungsherrschaft, indem sie alle freierwerbenden Beamtenstellen noch schleunigst mit ihren Parteifreunden besetzte, bevor der Linkserrat ans Ruder kam. Ein Vorzeichen, das um so standhafter ist, als der Rechtserrat selbst sich im vorigen Jahre gegenüber dem Völkerverbund verpflichtet hat, 800 Beamte innerhalb von zwei Jahren abzubauen, ein Vorzeichen, dessen Erfüllung die Deutschnationalen nun dem Linkserrat überlassen haben.

Die arbeitende Bevölkerung Danzigs erwartet vom neuen Senat besonders den Ausbau der Sozialpolitik. Die Deutschnationalen betonten zwar in den sieben Jahren ihrer Danziger Regierungszeit bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit das Verbundenheit Danzigs mit Deutschland, verhinderten aber bisher, dieser Verbundenheit durch Übernahme deutscher fortschrittlicher Sozialgesetze wie des Betriebsrätegesetzes praktischen Ausdruck zu geben. Den deutschnationalen Bolschewisten erschien vielmehr das auf diesem Gebiet rückständige Polen als erstrebenswertes Ideal. Zwischen den neuen Regierungsparteien ist dagegen vereinbart worden, daß die Ausgestaltung des Arbeitsrechts in Danzig im Anschluß an die deutsche Gesetzgebung baldigst zu erfolgen hat.

Ob der neue Linkserrat erfolgreich für Danzig wirken können, hängt zu einem wesentlichen Teil auch von Polen ab. Die Danziger Sozialdemokratie forderte stets eine Verständigungspolitik Danzigs gegenüber Polen und bekämpfte stark die Handelspolitik der Deutschnationalen. Auch als Regierungspartei wird die Sozialdemokratie nach diesem Grundsatze handeln. Um so mehr aber hat Polen die Pflicht, jetzt auch gegenüber Danzig einen anderen Kurs einzuschlagen als bisher. Noch immer wird die Danziger Bevölkerung bedroht durch das polnische Munitionsdepot im Danziger Hafen. Eine möglichst baldige Verlegung des polnischen Munitionshafens von Danzig nach dem im Ausbau befindlichen polnischen Hafen Gdingen würde sehr zur Verbesserung der Danzig-polnischen Beziehungen beitragen. Ebenso muß die Frage des Anlegens der polnischen Kriegsschiffe im Danziger Hafen, die Beschäftigung polnischer Arbeiter in Danzig und die Tarifsetzung auf den polnischen Eisenbahnen für Danziger Handelswaren in einem Sinn gelöst werden, der Danzigs Wirtschaft fördert und den Deutschnationalen die Möglichkeit nimmt, weiterhin in Danzig nationalpolitische Verhältnisse zu betreiben.

Die Danziger Bevölkerung hat allgemein den neuen Senat begrüßt. Mag er durch eine energische Reformpolitik den Erwartungen entsprechen, die man in Danzig auf ihn setzt.

Schluß der allgemeinen Statsdebatte im Reichstag

Der Ruhrskandal sang- und klanglos begraben

Der Reichstag brachte am Dienstag die erste Beratung des Reichshaushaltsplans sang- und klanglos zu Ende. Anführer war nur noch die Rede des demokratischen Führers Dr. Koch, der schneidende Angriffe gegen die Föderalisten richtete. Von der Länderkonferenz der Ministerpräsidenten sagte er, sie sei etwa so zu bemerken, als wenn der Reichswehrminister Grauert seine Schwadronen zusammenrufe, um mit ihnen über die Abschaffung der Kavallerie zu beraten. Nicht die Ministerpräsidenten, sondern der Reichstag sei für die Neugliederung des Reiches die entscheidende Instanz. Gegen den deutschnationalen württembergischen Staatspräsidenten Bazille machte er die boshafte Bemerkung, daß dessen Rede beinahe wie

Schnulz nach dem Rheinbund geklungen habe. Für die Kommunisten sprach noch der Abg. Torgler, der seiner verstorbenen Parteifreundin Ruth Fischer Hülfeleistung für die SPD. vorwarf. Laut dankend ging der Linkskommunist Urhahn, sich vor Etzel schüttelnd, während dieser kommunistischen Rede demonstriativ aus dem Saal.

Nach dem Abschluß der Haushaltsberatung beschäftigte sich der Reichstag noch einmal mit dem

Ausführbericht über die Feststellungen der an die Ruhrindustriellen ausgezahlten Beträge.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Herx rechtfertigte die Haltung der sozialdemokratischen Reichsminister im Oktober 1923. Sie hätten voll auf ihre Pflicht erfüllt, hätten grundsätzlich einer Entschädigung für Reparationslieferungen zugestimmt, was ja selbstverständlich sei, jedoch keinerlei Verantwortung für die Höhe der Summen und für den Zeitpunkt der Auszahlung übernommen. Ferner würde die Sozialdemokratie, wenn sie in der Regierung geblieben wäre, selbstverständlich auf die entsprechende Mitbestimmung des Reichstages gedrängt haben. Nach kurzen Bemerkungen des deutschnationalen Abg. Lindeiner-Wildau und des Zentrumsabgeordneten Esser wurde auch diese Aussprache geschlossen.

Die Kommunisten hatten beantragt, die damaligen Reichskanzler Dr. Stresemann und Dr. Marx — nicht die sozialdemokratischen Reichsminister — vor den Staatsgerichtshof zu zitieren. Da sie aber überleben hatten, für ihren Antrag 100 Unterschriften zu sammeln, galt der Antrag als nicht eingereicht. Die Sozialdemokratie beantragte:

„Der Reichstag mißbilligt, daß die Reichsregierung die Entschädigungszahlung des Reiches an die Großindustrie des Reichstages vorgenommen hat. Er fordert die Reichsregierung auf, die durch das Urteil der Mehrheit des Ausschusses festgestellten erheblichen Ueberzahlungen wieder einzuziehen und sie zur Entschädigung derjenigen Angehörigen des Mittelstandes, Angestellten und Arbeiter zu verwenden, die gar nicht

Die Kosten des Reichsschulgesetzes

Eine Erklärung Neubells

Im Bildungsausschuß des Reichstages gab der Reichsinnenminister v. Neubell am Dienstag eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„Die Umstöße über die unmaßstäbliche Höhe der Kosten, die die Durchführung des Reichsschulgesetzes möglicherweise verursachen wird, hat die schon früher vertretene Auffassung der Reichsregierung, daß es sehr schwer, wenn nicht unmöglich sei, diese Kosten zu schätzen, bestätigt. Die Unterrichtsministerien der Länder haben, soweit sie nicht die Angabe von Zahlen überhaupt für unmöglich erklären, mehr oder weniger nachdrücklich betont, daß den von ihnen vorgenommenen Schätzungen eine starke Unsicherheit anhafte, da es völlig unmöglich sei, vorher zu sagen, ob und in welchem Umfange die Erziehungsberechtigten von ihrem Rechte, die Einrichtung von Schulen zu beantragen, Gebrauch machen und welche finanziellen Auswirkungen die Genehmigung solcher Anträge haben werde.

Die Reichsregierung bestreitet nicht, daß die Einführung des Gesetzes den Ländern und Gemeinden, denen die Aufbringung der Schullasten obliegt, Mehrkosten verursachen kann. Angesichts der gespannten Finanzlage der Länder und Gemeinden ist sie bereit, den Ländern eine einmalige Beihilfe bis zu dreißig Millionen Mark in Aussicht zu stellen. Diese Beihilfe soll in erster Linie dazu dienen, die Ueberleitung der zurzeit bestehenden Schulverhältnisse, namentlich auch in leistungsschwachen Schulgemeinden, in den neuen Rechtszustand zu erleichtern. Ein voller Ersatz der Kosten, die die Durchführung des Reichsschulgesetzes etwa erfordert, insbesondere eine Beteiligung des Reiches an den laufenden Mehrkosten für das Volksschulwesen, muß nicht nur aus grund-

jählichen Erwägungen, sondern auch deshalb abgelehnt werden, weil es kaum möglich sein wird, Kosten, die auf Grund der Durchführung des Schulgesetzes erwachsen, von denjenigen Ausgaben zu trennen, die das in stetiger Entwicklung befindliche Volksschulwesen auch ohne den Erlaß dieses Gesetzes verursachen wird. Das Nähere über die Art der Verteilung soll von der Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsrat festgesetzt werden.“

Diese nichts sagende Erklärung des Reichsinnenministers rief im Bildungsausschuß des Reichstages auf den Widerstand der Opposition und einzelner Landesregierungen. In der Tat ist der in Aussicht gestellte Betrag von 30 Millionen Mark im Vergleich zu den wirklichen Kosten geradezu lächerlich. Preußen allein braucht z. B. nach der Berechnung seines Finanzministers selbst für den Fall, daß nur 1 Prozent der jetzigen Schularten umgewandelt werden muß, rund 50 Millionen Mark. Borausichtlich ist der Prozentsatz aber in der Praxis wesentlich höher, sodas die Gesamtkosten in die Hunderte von Millionen gehen. Aber was kümmert das den Bürgerblock und eine Regierung? Sie machen Gesetze, ohne sich um die Kosten zu kümmern und hätten niemals daran gedacht, sich darüber überhaupt Sorge zu machen, wenn die Opposition sie nicht unter Druck gesetzt und endlich Klarheit über die Kostenfrage gefordert hätte. Dieser Druck wird fortgesetzt werden, bis eine zufriedenstellende Erklärung der Reichsregierung abgegeben wird. Vor allem wäre dazu der Reichsfinanzminister berufen. Aber auch er hat bisher beharrlich geschwiegen. Die Opposition hat ihn deshalb am Dienstag ebenfalls zu näheren Äußerungen aufgefordert.

oder zu gering entschädigt wurden und noch Ansprüche an das Reich haben.“

Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung von den Regierungsparteien abgelehnt. Inzwischen hatte der Zentrumsabgeordnete Esser im Auftrag aller Regierungsparteien beantragt, sich dem Votum des Ausschusses anzuschließen. Da in diesem Ausschußantrag immerhin festgestellt ist, daß Ueberzahlungen geleistet worden sind, daß die Ruhrindustrie in ihren Werken am Dienstag durch Anschlag bekannt gegeben, daß die Werke stillgelegt und die Belegschaften ausgeperert werden. Bei den kleineren Betrieben, wie in Niemberg und Harzgerode, ist die Aussperrung bereits am Montag vollzogen worden.

Nach wie vor herrscht bei der mitteldeutschen Metallarbeiterschaft musterhafte Disziplin. Weder von der Desperadopolitik der Kommunisten noch von den brutalen Maßnahmen der Unternehmern lassen sich die mitteldeutschen Metallarbeiter ins Fohorn jagen.

Die Riesenaussperrung in Mitteldeutschland

Feste Front der Metallarbeiter

Die Aussperrung der mitteldeutschen Metallarbeiter wird rigoros durchgeführt. Alle Metallindustriellen Mitteldeutschlands haben in ihren Werken am Dienstag durch Anschlag bekannt gegeben, daß die Werke stillgelegt und die Belegschaften ausgeperert werden. Bei den kleineren Betrieben, wie in Niemberg und Harzgerode, ist die Aussperrung bereits am Montag vollzogen worden.

Nach wie vor herrscht bei der mitteldeutschen Metallarbeiterschaft musterhafte Disziplin. Weder von der Desperadopolitik der Kommunisten noch von den brutalen Maßnahmen der Unternehmern lassen sich die mitteldeutschen Metallarbeiter ins Fohorn jagen.

Magdeburg, 25. Januar (Radio)

Am Dienstag wurde im Zusammenhang mit den Aussperrungen in der Mitteldeutschen Metallindustrie auch das Eisenhüttenwerk Thale in Thale am Harz stillgelegt. Die Belegschaft besteht aus 4000 Personen.

Die Magdeburger Metallarbeiter nahmen am Dienstag eine Entschließung an, in welcher die unbefugte Einmischung der kommunistischen Partei und ihrer Presse in die Führung des Streiks auf das entschiedenste zurückgewiesen wurde.

Deutsche Waffen für China?

Stresemann weiß von nichts

Zu Beginn der Dienstagssitzung des Reichshaushaltsausschusses, in der über den Haushalt des Auswärtigen Amtes beraten wurde, fragte der kommunistische Abgeordnete Stöcker den Reichsaussenminister Dr. Stresemann, wie es mit den fortgeführten Waffentransporten nach China stünde. Man habe gehört, daß mit deutschen Reedereien ein Abkommen getroffen sei, nach welchem alle Waffentransporte nach China unterbleiben müßten. Trotzdem melde das „Berliner Tageblatt“, daß für 5 Millionen Waffenaufträge aus China nach Deutschland gegangen seien und daß in Kiel 17 Waggons deutscher Waffen für China angehalten worden seien. An der Angelegenheit sollten Marineoffiziere, die im Tageblatt namentlich aufgeführt seien, führend beteiligt sein.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann bestätigte, daß die deutschen Schiffsahrtsgesellschaften verpflichtet worden seien, keine Waffentransporte nach China vorzunehmen. Ob die erwähnten Transporte vor oder nach diesem Abkommen vorgenommen seien, könne er im Augenblick nicht sagen, da die ganze Angelegenheit ihm unbekannt geblieben sei. Er werde aber baldmöglichst auf sie zurückkommen. Etwa eine halbe Stunde später nahm Herr Stresemann das Wort, um zu erklären, daß er sich mit Herrn Admiral Zenker in Verbindung gesetzt habe. Herr Admiral Zenker habe die förmliche Erklärung abgegeben, daß keine Marineoffiziere irgendwas mit Waffentransporten nach China zu tun hat oder gehabt hat. Zurückkommend auf einige an ihn gestellte Fragen bittet er den Ausschuß, lobend, das System der Sozialattachés nicht weiter auszubilden. Die Legationssekretäre würden auf sozialem und volkswirtschaftlichem Gebiet eingehend vorgebildet und geprüft und empfänden es bitter, daß sie trotzdem auf diesen Gebieten zurückgedrängt werden sollen. Die Diplomaten hätten sich ja heutzutage meistens viel mehr um Sozialpolitik und Volkswirtschaft zu kümmern als um hohe Politik. Was die Einstellung in den auswärtigen Dienst betreffe, müsse er zugeben, daß nicht gleichmäßig aus allen Schichten Einstellungen stattfinden. Das rühre daher, weil die jungen Leute im auswärtigen Dienst frühestens mit dem 32. Lebensjahre zu verdienen anfangen. Die Auswahl der Bewerber werde von ihm selbst vorgenommen, und er könne mit absoluter Bestimmtheit versichern, daß noch kein Bewerber wegen der Stellung der Eltern oder weil er nicht bestimmten Schichten entstamme, von ihm zurückgewiesen sei. Lediglich die Veranlagung und Begabung sei maßgebend. Die Einseitigkeit der Einstellungen werde bestimmt durch die Einseitigkeit der Meldungen. Es meldeten sich vorzugsweise Söhne aus adeligen Familien. Genosse Dr. Breitheid erwiderte dem Minister, daß man sich dann überlegen müsse, auch die Anfangsstadien der diploma-

tischen Karriere so zu gestalten, daß sie besser bezahlt werden, damit der Zugang ein breiterer werden könne. Von der Erklärung des Ministers bezüglich der Sozialattachés habe er Kenntnis genommen. Er erwarte, daß der Minister auch die gleiche Stellung einnehmen werde, wenn die Frage der Entsendung von Militär-, Marine- und Luftattachés auf werde.

Rentnerversorgung

Auch eine Aufgabe, die der Bürgerblock nicht lösen kann

Der Bürgerblock schreitet von Konflikt zu Konflikt. Der neueste Krach ist jetzt über die Schaffung eines Rentnerversorgungsgesetzes entstanden. Die Erregung, die durch die Verschleppung dieser Frage in den Kreisen der Kleinrentner herrscht, hat die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei veranlaßt, jetzt in die Beratung des demokratischen Antrages einzutreten, den sie vor zwei Monaten gegen die Stimmen der Linken abgelehnt haben. Die Haltung der Reichsregierung und zwar des Gesamtkabinetts — nicht nur des Arbeitsministeriums, wie es die Rechte darzustellen beliebt — ist heute noch die gleiche wie im November. Die Regierung verlangt die Verschleppung der Beratung bis zum Schluß der Etatsberatung, weil erst dann zu übersehen sei, welche Mittel für die Rentnerversorgung zur Verfügung stehen. In den interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien ist es inzwischen wegen dieser Differenzen und wegen des Inhalts des Rentnerversorgungsgesetzes zu den heftigsten Auseinandersetzungen zwischen dem Zentrum und den beiden Rechtsparteien gekommen.

In der Dienstausschussung des Sozialpolitischen Ausschusses erklärte nun die Zentrumsabgeordnete Frau Leusch, daß sich das Zentrum angeichts der Haltung der anderen Regierungsparteien einer Beratung der unstrittigen Frage nicht widersetze. Es lehne aber jede Verantwortung für die Erwerbung finanziell unerfüllbarer Hoffnungen ab. Dieser Erklärung schloß sich die Bayerische Volkspartei an. Als dann in die materielle Beratung der demokratischen Vorlage eingetreten wurde, ergab sich sofort, daß die Rechtsparteien nur eine kleine Gruppe ehemals wohlhabender Opfer der Inflation herausgreifen und einen Rechtsanspruch auf Rente gewähren wollen, während die große Mehrzahl der enteigneten Kleinrentner der öffentlichen Fürsorge überlassen bleiben soll. Diesen Absichten wurde von den Vertretern der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Kommunisten entschieden widersprochen. Der sozialdemokratische Abg. Hoch erklärte, daß man die Inflationsoffer, bei denen der Zins aus erpartem Kapital nur einen Teil der Existenzgrundlage gebildet hat, nicht schlechter behandeln könne als jene, die vom Zinsersatz allein leben konnten. — Zu Abstimmungen kam es im Anschluß noch nicht.

Genfationelles Ende des Limbourgprozesses

Köln, 24. Jan. (Eig. Drahtber.)

Der Limbourprozess nahm am Dienstag ein sensationelles Ende, indem der Rechtsbeistand des Privatklägers die Berufung gegen das freisprechende Urteil der ersten Instanz zurückzog.

Diesem Entschluß ging die Vernehmung eines Bruders des Privatklägers Limbourg voraus. Dem Zeugen konnte dabei an Hand von Briefen nachgewiesen werden, daß er mit Dorian in engsten Berührung gestanden hat. Er mußte auch zugeben, daß die Unterschrift unter den Briefen seiner Handschrift entspricht, wollte sich dieser Briefe aber nicht mehr entsinnen. Als dann der Verteidiger des angeklagten Redakteurs erklärte, daß der Zeuge vor wenigen Minuten sich selbst seiner Umgebung gegenüber als Verfasser der Briefe bezeichnet habe, zog der Rechtsbeistand des Privatklägers die Berufung zurück. — Der Zeuge Peter Limbourg wurde wegen eines Verdachts des Meineids sofort verhaftet.

Thälmann in Wien verhaftet

Wien, 23. Januar

Der deutsche kommunistische Abgeordnete Thälmann mochte am Sonntag nachmittag einer Gründungsversammlung des österreichischen Roten Frontkämpferbundes bei. Er wurde nach der Verammlung von der Polizei verhaftet und veranlaßt, mit dem nächsten Zug Oesterreich zu verlassen.

Eine größere Delegation des Deutschen Roten Frontkämpferbundes, die ebenfalls an der Veranstaltung teilnehmen wollte, wurde nach einer Meldung von bürgerlicher Seite im Auftrage des Bundeskanzleramtes bereits an der tschechisch-österreichischen Grenze angehalten und an der Weiterreise verhindert.

Thälmann kündigte an, daß er seine Verhaftung in den nächsten Tagen im Reichstag zur Sprache bringen werde.

Mißhandelte Kinder

Grausame Eltern / Ungenügende Fürsorge / Unzureichendes Strafgesetz

Bald hier, bald da leuchtet eine Gerichtsverhandlung in das Martyrium dieses oder jenes mißhandelten Kindes hinein. Von tausenden solcher kleinen Märtyrer wären aber nur die Wände dieser häuslichen Kollerkammern zu erzählen imstande. Das geltende Strafgesetz gewährt dem Kinde keinen genügenden Schutz.

Die deutsche Zentrale für Jugendwohlfahrt schlägt gemeinsam mit der Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe eine neue Fassung des Kindesmißhandlungsparagrafen vor. Nicht bloß Körperverletzung, die an Personen unter 14 Jahren vom Täter, dessen Fürsorge sie unterliegen, mittels grauerlicher oder boshafter Behandlung begangen wird, soll unter Strafe gestellt werden, sondern jede Gesundheitschädigung, die durch rohe Mißhandlung, durch körperliche und anders geartete Quälerei oder durch böswillige Vernachlässigung verursacht wird, soll bestraft werden. Dieser Schutz soll auch den Kindern und Jugendlichen werden, denen das gleiche Uebel unter Mißbrauch einer durch Dienst- oder Arbeitsverhältnis begründeten Abhängigkeit zugefügt wird.

Die Gesetzesfassung der Antragsteller trifft den Nagel auf den Kopf. Rein seelische Qualen wirken auf Kinder und Jugendliche oft noch weit verheerender als physisch-seelische. Jeder Gesundheitschädigung, nicht allein Körperverletzung muß entgegengetreten werden. Das Trauma, die seelische Verwundung, die das Kind durch Mißhandlungen erleidet, der Selbstmord, in den das Kind durch Mißhandlungen getrieben wird, dürfen in ihrer Bedeutung nicht geringer eingeschätzt werden, als Hautabschürfungen und blutige Striemen.

Wichtiger als das strafende Gesetz ist jedoch die Einstellung der breiten Schichten der Bevölkerung zum „Züchtigungsrecht“, die Achtung des Kindes gegenüber der Persönlichkeit des jugendlichen Menschen. Allein aus dieser falschen Einstellung heraus erklärt es sich, daß nicht selten auch in der größten Mißhandlung des Kindes keine Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes erblickt wird, selbst die schlimmste Gesundheitschädigung noch milde Richter findet.

Das deutsche Archiv für Jugendwohlfahrt hat in einem kleinen Büchlein 37 Fälle von Kindesmißhandlungen zusammengestellt, deren beredte Sprache jegliche weiteren Kommentare überflüssig macht.

Ein Obergerichtsvollzieher mißhandelt seinen Sohn in unmenschlichster Weise. Er schlägt ihn, wo er eben hintrifft, mit jedem Gegenstand, der ihm eben in die Hand kommt: mit einer Handpeitsche, einem eisernen Draht, einem eisernen Sägebügel, einem Hobel, einem Leibriemen, an dem eine Schnalle befestigt ist, einem Spaten, einer Kette, so daß der Junge blutet. Vor Gericht behauptet der Vater, sein väterliches Züchtigungsrecht nicht überschritten zu haben. Die Strafe lautet auf 50 Mk.

Ein vierjähriger Knabe wird am Bettpfosten festgebunden, und wenn ihn der Schlaf übermannt, durch Schläge geweckt. Er wird an einem Wäschehaken mit gebundenen Händen aufgehängt. Sein kleiner Körper ist voller Beulen und blauer Flecke. Die Strafe: 50 Mk. evtl. 5 Tage Gefängnis.

Eine Dreizehnjährige wird von der Stiefmutter in der schonungslosesten Weise mit Feuerfaden, Kochlöffeln und anderen Gegenständen bearbeitet. Das Urteil: 50 Mk. Geldstrafe.

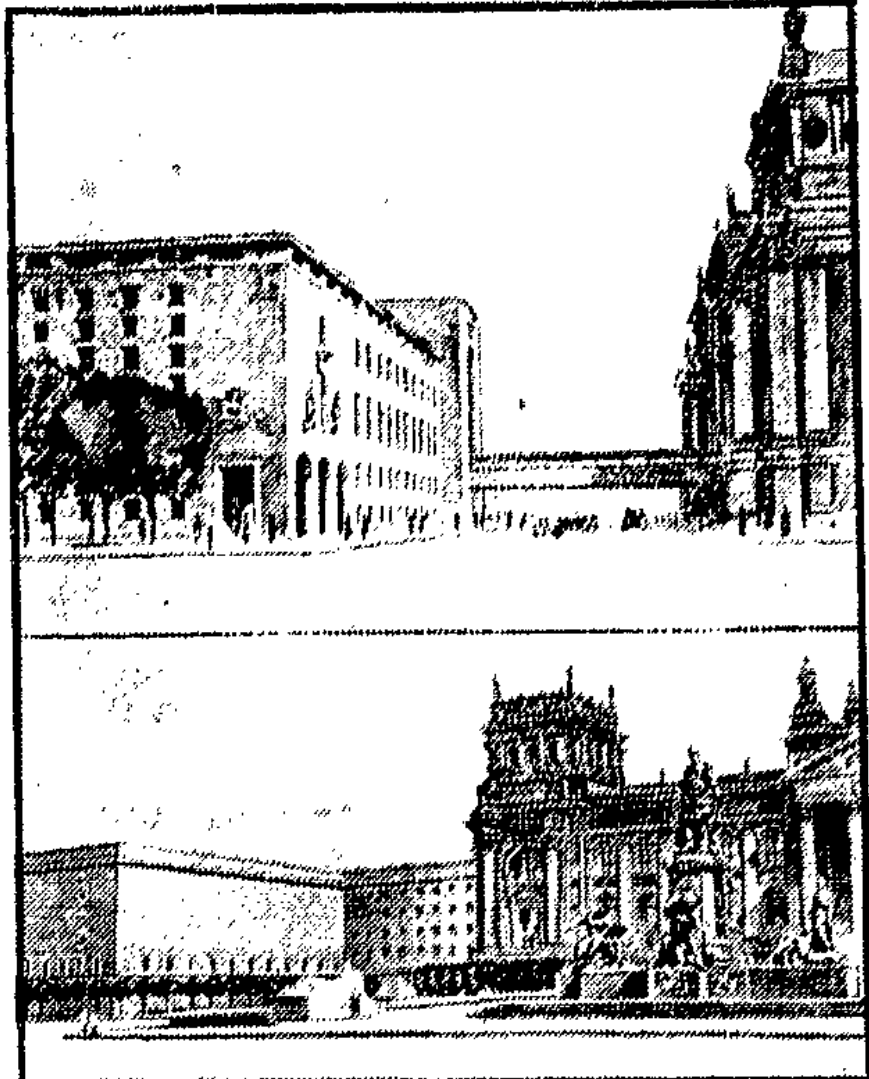
So entscheiden nicht selten die sonst so moralischen Richter. Es gibt auch Staatsanwälte, die außerordentlich viel Verständnis für züchtigende Eltern besitzen. Zwei Kinder von 4 und 5 Jahren werden mit ganz ungewöhnlicher Roheit von Vater und Stiefmutter mißhandelt. Die Schläge sind von scheußlichen Quälereien der gemeinsten Art begleitet: so wurde den Kindern z. B. Kot in den Mund geschmiert. Der Staatsanwalt beantragt 50 Mk. für die Stiefmutter, 2 Monate Gefängnis für den Vater. Erst die Berufungsinstanz erkennt auf 5 Monate für jeden der mißhandelnden Eltern.

Hier wie in vielen anderen Fällen reagiert die zweite In-

stanz auf die Entrüstung der öffentlichen Meinung mit einem schärferen Urteil. Ein anderes Beispiel: Ein Kind — dauernd mit dem Stocke und einem Holzstiel geprügelt. Der ganze Körper ist über und über mit blutunterlaufenen Striemen bedeckt. Das Urteil der ersten Instanz lautet: 500 Mk. Die zweite Instanz erhöht die Strafe auf 2 Monate Gefängnis.

In einem anderen Falle lautet das Urteil der ersten Instanz: 4 Monate Gefängnis für Vater und Mutter. Sie hatten ihr fünfjähriges Kind mit einer Kette, die durch eine Schnur verlängert war, an einem Bettpfosten gebunden und es stundenlang in solchem Zustand allein gelassen. Das Handgelenk der Kleinen war durchgerieben. Einen ganzen Sommer lang wurde sie nicht aus der feuchten Kellerwohnung herausgelassen. Wenn sie um Essen bat, wurde sie geprügelt. Wenn sie schlafen wollte, wurde sie aus der Wohnung gewiesen.

Das Martyrium des 13jährigen Günther B., an dessen Kopf die Mutter einen Kochlöffel kaputtgeschlagen hatte und der eines Tages unter verdächtigen Umständen starb, hat seinerzeit durch die gesamte Presse die Runde gemacht. Das Körperchen



Der Ausbau des Reichstagsgebäudes

in Berlin hat sich als notwendig erwiesen. Es soll ein neues Gebäude dem Hauptgebäude angegliedert werden, das die umfangreiche Reichstagsbibliothek und die Zimmer der Abgeordneten enthalten soll. Da der zur Verfügung stehende Platz vom Reichstagsgebäude durch eine breite Verkehrsstraße getrennt ist, war die Lösung dieser architektonischen Aufgabe nicht einfach. Baukünstler aus ganz Deutschland beteiligten sich an dem Wettbewerb; wegen der Gleichmäßigkeit der besten eingereichten Entwürfe wurde ein erster Preis nicht verliehen. Unter obigem Bild zeigt den mit dem 2. Preis ausgezeichneten Entwurf „Kallot“ des Frankfurter Architekten G. Schaupp, das untere Bild einen vom Preisgericht angekauften Entwurf der Hamburger Architekten Klopsch und Püllig.

des Kindes zeigte keine beste Stelle. Fierzmal gab es ein hartes Urteil: 3 Jahre Gefängnis.

Un glaublich ist das Martyrium der Kleinkinder, unzählige die Kollerkammern, denen die Kinder ausgeleitet werden. Mißhandelte Erzieher, überreizte Nerven, Krankheit, Kränklichkeit, Tod — sind die Ursachen der Kindesmißhandlungen.

Schwerer erloschbar als die pöbellich-ischlichen Mißhandlungen sind die rein seelischen. Ein 13jähriger Knabe wird aus Furcht vor Strafe: er hatte sich gelehrt, den Befehl seiner Eltern, betteln zu gehen, auszuführen. Ein Vater spuckt seinem Tochterkind, während er ihm die Nase zupackt, in den Mund. Ein Kind wird mißhandelt und aus der Wohnung ausgeperrt. Es ist gezwungen, die ganze Nacht über im Freien zu verbringen; das strafrechtliche Verfahren wird eingeleitet. Einem 13jährigen wird jedes Zeichen der Liebe entzogen. Man schilt es bei jeder Gelegenheit; es zeigt bereits anormale Misse. Im Kinderheim lebt es auf.

Dies nur einige Beispiele aus den 37 Fällen. Jeder spricht für sich Bände. Es wäre aber ein Irrtum zu glauben, daß durch noch so scharfe Strafbestimmungen allein das Uebel der Kindesmißhandlungen ausgerottet sei. Ihr Ursprung liegt in den sozialen Mißständen unserer Zeit. Ihnen entgegenzuarbeiten kann am besten durch die Hebung des allgemeinen Kulturniveaus der Bevölkerung werden. Unter den heutigen Verhältnissen wird aber Vorbeugung durch fürsorgliche Tätigkeit der Jugendämter das hauptsächlichste Mittel im Kampfe gegen Kindesmißhandlungen. Wer am Kinde sündigt, sündigt am lieblichen und seelischen Wohle des Volksganges. Leo Rosenthal.

Der beleidigte Kapitän

Das Kriegstagebuch des christlichen Matrosen Stumpf. Wie die Flotte zerbrach (N. N. Die) soll Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens werden. Ein früherer Kapitän Max Fischer fühlt sich beleidigt, weil es auf Seite 43 des Tagebuches heißt er habe als erster Offizier auf dem „Derfflinger“ eine Tracht Prügel erhalten, was bei uns an Nord große Genugtuung hervorruft, denn Max war früher bei uns an Nord und durch seine Unrechtheit verhaftet. Diese Stelle des Tagebuches ist in einer Besprechung in der „Post“ in einer Zeitung neben anderen mit abgedruckt worden. Jetzt klagt Fischer gegen den christlichen Arbeiter Stumpf in Nürnberg und gegen den Redakteur Carl Witsch als Verantwortlichen der „Postischen Zeitung“. Er wollte die Klage auch auf den sozialdemokratischen Abg. Dittmann ausdehnen, weil dieser in dem Vorwort zu dem Tagebuch befindet habe, daß er mit dem Gesamthalt des Buches, also auch mit der angeblenen Beleidigung einverstanden sei. Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages hatte für diese erste Behauptung kein Verständnis und verlagte die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Dittmann.

Der Ausschuss der Länderkonferenz

Der von der Länderkonferenz in der Vorwoche beschlossene Ausschuss zur Erörterung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern wird, wie der „Soz. Presse- und Anzeiger“ erfährt, in der nächsten Woche seine Arbeiten aufnehmen.

Der Ausschuss wird 18 Mitglieder zählen. Davon benennt die Reichsregierung 9; die andere Hälfte wird von den Ländern entsandt. Die Reichsregierung hat an die im Verfassungsausschuß des Reichsrats vertretenen Länder bereits das Ersuchen gerichtet, ihre Vertreter namhaft zu machen. Außer dem Reichskanzler, der den Vorsitz führen wird, sollen der Reichsminister des Innern, der Finanzminister und der Wirtschaftsminister und der Reichsparlamentarier dem Ausschuss angehören. Ferner ist die Zuziehung angelegener Staatsrechtslehrer geplant; man nennt u. a. die Namen Anschütz und Triepel.

Die Demokraten säubern

Berlin, 23. Januar
Der Reichstagsabgeordnete Dr. Dernburg wurde von dem am Sonntag tagenden außerordentlichen Parteitag der Demokraten für den Wahlkreis Potsdam II nicht wieder aufgestellt.

Ein Teufelskerl

Roman von George Chellis

6. Fortsetzung (Nachdruck verboten)

„Guer Name, Herr?“ fragte der statlichste der vier.
„Mein Name,“ sagte Madelin unwillkürlich gereizt, „geht nur meine Freunde und meine Gebieter an. Gehört ihr zu den einen oder zu den andern?“
Der statliche Mann lächelte, als läge in dieser Dreistigkeit etwas, was ihm gefiel.
„Mir beginnt zu dümmern,“ sagte er mehr zu sich selbst als zu seinen Gefährten, „daß Frauen wohl fähig sind, Männer zu beurteilen. Ihr, Herr,“ wandte er sich an Madelin, „müßt mit uns kommen.“
„Wollt ihr mich zwingen?“
„Wenn es sein muß — ja!“
Madelin betrachtete ihn gereizt, und sein Blick verweilte zuletzt auf dem langen Degen, mit dem der pfauenhaft gekleidete Uebel bewaffnet war, während seine Gefährten nur Hirschfänger trugen.
„Wenn Ihr Euch im Zechen üben wollt,“ schlug Madelin vor, „ja bittet Eure Leute, beiseite zu treten und Zuschauer eines herrlichen Kampfes zu sein.“
„Schön!“ riefte der andere. „Ein andermal stehe ich Euch zur Verfügung. Aber heut' hab' ich's eilig. Vorwärts, Kinder!“
Die letzten Worte wurden mit erhobener Stimme gesprochen, und die drei Begleiter, die immer näher herangerückt waren, umringten Madelin. Er hatte noch Zeit, den Degen halb aus der Scheide zu ziehen; dann umklammernten ihn harte Fäuste, die seine mageren Glieder bis auf die Knochen quetschten, wo sie zugriffen. Der Atem ging ihm aus. Bevor er neuen schöpfen konnte, wurde ihm ein Mantel über den Kopf geworfen, war er gehoben und gebendet. Er konnte keinen Laut hervorbringen, keinen Stich sehen. Dann hob man ihn die Hüfte vom Boden, und zwei kräftige Männer trugen ihn fort wie ein Paket.

Fünftes Kapitel

Noch eine Hoffnung lebte in Madelin: daß nämlich einer dieser Ordnung und Gesetz liebenden klammigen Bürger, die doch nicht zusehen konnten, wie ein gebundener und hilfloser Mensch so weggeschleppt wurde, seine Ueberwältigung baldigst anhalten und befragen werde. Wirklich kamen auch solche Anrufe, solche Fragen, aber die Stimme des Führers erwiderte, sie brachten einen Deferteur zum Schiff zurück, einen vom Saff halbverrückt gewordenen Kerl, der fürchtbaren Raub machte, sobald man ihn von seinem Knebel befreie.
Madelin frampelte, um aus den Fäusten loszukommen, die ihn festhielten, als er das erste dieser Gespräche hörte, aber es kam dabei nichts für ihn heraus als Kniffe und Schläge, die ihn vor Schmerz hätten schreien machen, hätte er nur schreien können. Da unterwarf er sich dem Schicksal. Jetzt klang es hoch unter den stampfenden Rufen; man schritt über Bretter, war man im Hafen, war man auf einem Schiff?
Der Führer trieb die Leute zur Eile, erzählte ihnen, der Kapitän sei sehr krank, sie müßten den neuen Rekruten (so nannte er Madelin) dem Kapitän Sunday vorführen, damit ihr sterbender Kommandeur ihnen seinen Vorwurf zu machen habe. Entweder glaubten sie, daß Madelin das, was gesprochen wurde, in der Hauptache nicht verstände, oder sie waren seiner so sicher, daß sie nicht mehr in Anbetrachtung und Winken zu sprechen brauchten. Wer konnte der sterbende Kommandeur sein, wenn nicht der Mann im blauen Mantel, der jetzt geduldig wartete und solange gegen den Tod focht, bis er das Anklagen seines Ueberwältigers sehen konnte? Und nun bekam alles eine andere Bedeutung durch den Namen des Kapitän Sunday. Es gab damals keine Zeitung, die man mit modernen Blättern vergleichen kann, Organen, die täglich vom Draht und vom Ferndienst aus allen Ecken der Erde gefillert werden, die gierig ihr tägliches Quantum von Katastrophen, Morden, Einbrüchen, schmutzigen Skandalen trinken — denn, alles in allem, Zeitungskunde, böse Kunde! Nein, solche Organe für tägliche Anklagen gab es zu Madelins Zeit nicht, aber es gab damals Reisebeschreibungen, die von tausenden neugieriger Augen verschlungen wurden, die etwas wissen wollten von den Wundern einer Welt, die man noch in keinem Atlas fand, oder von hartfäustigen Abenteuerern, die sich danach sehnten, den Fußstapfen fühner Kaufleute oder Korsaren — die man auch Privateers nannte — zu folgen von Ceylon bis Hispaniola. Und während der letzten fünf Jahre galt keiner dieser Berichte von Reisen, Handel und Piraterie für vollständig, wenn er nicht eine Beschreibung von Kapitän Sunday's Taten enthielt. Daß der statliche Bursch im Sommermantel dieser berühmte Seeheld und Seeräuber sein könne — Madelin wollte es anfangs nicht glauben, bis er sich erinnerte, daß es ja auch der junge und nicht der alte Drake war, der alle vier Ecken der Meere durchstürmt, und vor dem ein Reich gezittert hatte. So ging, während die rohen Fäuste der Seeleute ihn schleppten, in einem wüsten Getümmel alles, was er vom Kapitän Sunday wußte, durch Madelins Hirn.
Er war ein Vulkanier, der seinen Namen mit großen Lettern auf dem Ozean eingeschrieben hatte, und es war die allgemeine Ansicht, daß mehr Genie in ihm stecke als in irgendeinem andern Vulkanierführer, obgleich er zu jener Zeit noch nicht so vom Glück begünstigt worden war wie viele andere. Obgleich er noch keine große Stadt erobert, die Gallionen von Lima oder Manila oder eine Senbung Gold noch nicht erbeutet hatte, waren seine Leistungen immerhin groß genug, er stand im Ruf, daß ihm sechs Reisen, eine nach der andern, „geglückt“ seien, das heißt, er hatte jedesmal genug Beute gesammelt, um seine Mannschaften zu befriedigen. Es waren aber doch nicht seine Seeräubereien, die den interessantesten Zug des Kapitän Sunday bildeten, sondern die Art, wie er seine Expeditionen ausführte, und die Manneszucht, die er von seinen Leuten verlangte. Die andern Vulkanierführer begnügten sich damit, daß ihre widern

ihnen wenig, oft gar nicht gehorchten, bis der Augenblick des Kampfes kam; die Mannschaften ihrerseits wußten weder das Schiff noch sich selbst und ließ die Fackel verlauten, weil man auch die geringste Mühe scheute. Sie segelten wie sie konnten — verzweifelnd und auf gut Glück. Sie betrachteten ihre Schiffe als Vergnügungsorte, wo man die Zeit mit Spielen, Bankettieren und Saufen tollkühn, solange die Vorräte reichten. Hatte man dann in einer Woche verschwendet, was für einen Monat gereicht hätte, so waren dieselben Schiffe Hüllen, in denen man vor Hunger und Durst umkam. Da war nun ein neuer Führer unter ihnen erschienen, der sich nicht damit begnügte, auf den Zufall zu bauen, und der bei seinen Leuten eine Manneszucht einführte, die der auf einem Kriegsschiff nichts nachgab.

Sechs Tage in der Woche drückte er seine „Privateers“, wie sie sich gern selbst nannten, an den Geschühen, mit Flinten, Pistolen und wuchtigen Totschlägern; sechs Tage in der Woche schenerten sie das Schiff, bestellten Tadelung und Segel aus, kurz, sie arbeiteten wie die Mannschaften eines Kriegsschiffs, und sie unterwarfen sich diesem Regiment, weil sie bemerkten, daß die Zeit rascher auf der hohen See verging und daß die Reisen unter dem neuen Kommandeur nicht fruchtlos waren. So arbeiteten sie sechs Tage, aber am siebenten war alle Zuht und Ordnung aufgehoben, da herrschte eitel Freude und Trunkenheit von einem Sonnenaufgang bis zum andern. Von dieser merkwürdigen Art der Sonntagsfeier hatte Ned Farnol den Namen „Kapitän Sunday“ erhalten.

Inmitten dieser Betrachtungen wurde das erstickende Luch von Madelins Kopf genommen. Er stand auf dem Deck des schönen Schiffes, das er so oft vom Fenster seines Zimmers betrachtet hatte, während es für eine lange Fahrt ausgerüstet wurde. Er wurde in eine Liekerröhre und an ein Bett geführt und sah nun, daß alle seine Ahnungen sich verwirklicht hatten, denn dort lag der Besitzer des Sommermantels mit ganz weißem Antlitz, eingeklinkten Wangen und tiefen blauen Schatten unter den Augen. Vor dieser Erscheinung blickten seine Fäuste einen Augenblick verlegen stehen, dann sagte ihr Führer chrebrüchig: „Kapitän, wir sichten das Fahrzeug, hofien es ein und enterren es. Hier ist es.“

Der Kapitän öffnete langsam die Augen, als kostete es ihn eine große Willkraft, drehte den Kopf ein wenig und sah Madelin an. Seine Augen weiteten sich.
„Dieser Gelelle — Tom Bartholomew — er — ist's —“
Er unterbrach sich, und ein grimmes Lächeln spielte um seine Lippen.

„Warum nicht?“ sagte Kapitän Sunday. „Tom, das hast du gut gemacht. Du hättest keinen Richter wählen können, der mehr nach meinem Herzen wäre. Bringt ihn näher. So. Tretet jetzt zurück.“
(Fortsetzung folgt)

**Einheitsverband
der Eisenbahner
Deutschlands**
Ortsgruppe Lübeck

**General-
Versammlung**
am Freitag, 27. Jan.
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus

- Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1927
 2. Geschäftsbericht für 1927
 3. Wahl der Ortsverwaltung
 4. Verbandsangelegenheit (Anstellung einer Hilfskraft)
- Mitgliedsbücher vorzeigen

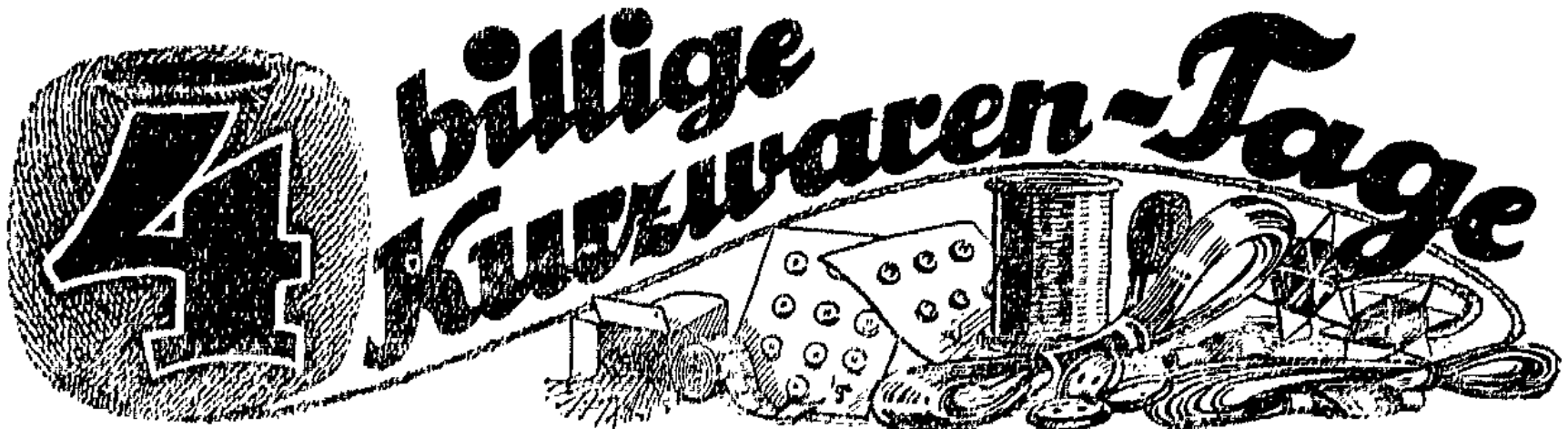
Die Ortsverwaltung

**Deutscher
Verkehrsbund**
Ortsverwaltung Lübeck

Am Freitag, d. 27.
d. Mts., abends 8 Uhr,
findet im
Gewerkschaftshaus
eine

Versammlung
der im Deutschen Ver-
kehrsb. organisierten
Betriebsratsmitglie-
der aller Branchen u.
der Funktionäre des
Deutschen Verkehrs-
bundes statt.

- Tagesordnung:
1. Konstituierung eines Betriebsratsauschusses
 2. „Die Betriebsräte- wahlen u. die arbeits- rechtlichen Aufgaben der Betriebsräte“. Referent: Kollege E. Markert
 3. Wahl eines Delegierten zu der am 27. u. 28. Februar 1928 in Berlin tagend. Reichs- konferenz für Betriebs- vertretungen. (ein- berufen vom Deut- schen Verkehrsbund).
 4. Verschiedenes.
- In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet einen zahl- reichen Besuch
- Die Ortsverwaltung



- | | | | |
|--|-------|--|-------|
| Nähnadeln 25 Stück.....Brief | 3,50 | Halbleinenband weiß, 6 Stück a 2 Meter.. | 25,00 |
| Stecknadeln 100 Stück.....Brief | 3,50 | Schürzenband blau u. gestreift, 4 Stck. a 2 Meter | 25,00 |
| Haarnadeln glatt und gewellt.....2 Pakete | 3,50 | Rüschengummiband 70 cm.....Abschnitt | 25,00 |
| Sicherheitsnadeln 1 Dtz., sortiert...Karton | 5,00 | Einziehgummiband weiß, schw. 2 1/2-m-Stck. | 25,00 |
| Lockennadeln2 Pakete | 3,50 | SockenhalterPaar | 25,00 |
| KopierräderStück | 12,00 | Schuhsenkel schw., ca. 90 u. 100 cm lg., 6 Paar | 25,00 |
| Leinenknöpfe 3 Dtz., sortiert.....Karte | 15,00 | Baumwolltwist in versch. Farben 6 Knäuel | 25,00 |
| Reihgarn roh, 20 Gramm..... | 18,00 | Gardinengimpe 10 Meter.....Stück | 25,00 |
| Wäscheträger mit Celluloidklammern...Paar | 25,00 | Gardinenkordel Reinleinen, 7 Meter...Stück | 25,00 |
| Reinbrettstifte 3 Dtz., m. Messingplatte Karton | 3,00 | Gardinenkordel Reinleinen, 20 Meter Stück | 60,00 |

Hemdenpassen Trägerform mit Klöppelspitze.....Stück	15,00	Wäschezacke 7- bis 10-Meter-Kupon.....50	25,00
Kissenecken in Klöppel.....2 Stück	20,00	Wäschebändchen 7-Meter-Kupon.....50	25,00
Stickerei-Feston ca. 2 cm breit 4,60-Meter-Kupon.....	48,00	Klöppelspitzen 3 bis 5 cm breit 5-Meter-Kupon.....50	25,00
Stickerei-Feston ca. 3 cm breit 4,60-Meter-Kupon.....	68,00	Klöppelspitzen oder Einsatz für Wäsche.....Meter	12,00

- Für die Maskerade**
- | | | | |
|---|-----------|---|-------------------|
| Masken in schwarz und farbig.....Stück | 20,00 | Schellen gold und silber...Dtz. | 18,00 12,00 10,00 |
| Lahnband gold und silber.....Meter | 3,00 3,00 | Münzen in gold und silber.....Dtz. | 18,00 15,00 |
| Baumwolltüll farbig.....Meter | 35,00 | Seiden-Pompons verschied. Farben | 12,00 |

Beachten Sie bitte unser Spezial-Fenster!

Holstenhaus

Das Kaufhaus für Alle!

**Deutscher
Metallarbeiter-
Verband**
Verwaltungsstelle Lübeck

Versammlung
der Former und
Gießereiarbeiter
am Donnerstag, dem 28.
Januar, abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:
Bericht von der Reichs-
konferenz

Zahlreiches Erscheinen
erwartet

Die Ortsverwaltung

**Mendorf i. Söbhl.,
Große
Preis-
Maskerade**
d. Spartklubs „Zur Vinde“
am Sonnabend, dem
28. Januar.
Scaffenöffnung 7 1/2 Uhr
Wartenzug 8 1/2 Uhr.
Hierzu laden freil. ein
Der Spartklub u. Rich.
Müller.

NB. Ab 7 1/2 Uhr steht
mehr Lokal dem Spar-
klub zur Verfügung

**Winter-
Garten**
Tanzabend
Bockbier-Stimmung

**Stadttheater
Lübeck**
Mittwoch, 19.30 Uhr:
Die Wetzlarerin
(Oper)
Zum letzten Male!
Ende 23 Uhr

Donnerstag, 20 Uhr:
Zar u. Zimmermann
Komische Oper

Donnerstag, 20 Uhr:
Kammerspiele
Frühlingserwachen
(Kindertragödie)

Freitag, 20 Uhr:
Der Heger
Kriminalstück

Freitag, 20 Uhr:
Gewerkschaftshaus:
7. Volkst. Konzert
Leitung: Gen.-Musik-
direktor Mannstaedt

Sonnabend, 20 Uhr:
Der Heger
(Kriminalstück)

Gesellschaftsspiele
in großer Auswahl
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Grude in langjährig
bewährter
Qualität
Adolf Borgfeldt, Lübeck
Fernruf 25886

Leder-Gohlen
Ausschnitt und Stepperei
Bischoff & Krüger Königstraße 93
Ecke Wahnstraße

Sparklubbücher
sind preiswert zu haben
Buchhandlung Lübecker Volksbote

Bereits u. Berganigungs-Anzeigen

ADLERSHORST
Morgen Donnerstag u. jeden Sonntag
finden die beliebten **Tanzabende** statt
N.B. Für Stimmung sorgt die Hauskapelle
Beginn 8 Uhr

HARLAN-LUCAS-ABEND
Alte Kammermusik auf historischen
Instrumenten
Sonnabend, den 28. Januar, abends 9 Uhr im
Lesesaal der Stadtbibliothek, Hundestraße 5
Karten bei Robert, Quitzow, Buddenbrook,
Truppe und in den Geschäftsstellen der Volks-
hochschule (Hundestraße 51 und der Volks-
bühne, Braunstraße 36)

Konzerthaus Lübeck
Telephon 29 803 Besitzer Hans Urnes

Sonnabend, den 28. Januar 8 Uhr
25jähr. Bühnen-Jubiläum
des allgemein bekannten u. beliebten
Sächs. Komikers Fred Clausnitzer
unter gütiger Mitwirkung
vieler erster Künstler
verbunden mit

Großem Bockbier-Fest!
Kappen und Lieder gratis
Eintritt inkl. Steuer RM 0,80
Verstärktes Orchester

In der
Theaterklausur
fühlt jeder sich zu Hause

Spartklub Gewerkschaftshaus
Aufnahme neuer Mitglieder täglich im
Gewerkschaftshaus.

Die nächste Versammlung
findet statt am Freitag, dem 24. Februar ds. Ja.
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Der Vorstand

Schiffergesellschaft
Am Donnerstag, dem 26. Januar 1928
**Großes
Bockbierfest**
Anfang 7 Uhr Eintritt frei

Studenverein
Heute
Der beliebte heitere
Familien-Abend
und der fabelhafte
Varieté-Spielplan
9 Uhr Eintritt 50 Pfg.

Voranzeige
Sonnabend, den 28. Januar 1928
Gr. Apachen-Fest

Kasino D.D.D.
4 Uhr! 4 Uhr!
Kabarett-Vorstellung
Kein Gedeck

Margaretenburg
Donnerstag, 26. Jan. 1928, abends 8 1/2 Uhr
Gr. Preisskat
1.-5. Preis: Je ein geräucherter Landschinken
und andere feine Rauchwaren.



Heldentum

In allen Völkern gibt es Heldensagen. Die Völker lieben es, das Ideal des rechten Mannestums im Geiste an den Anfang ihrer Geschichte zu setzen und sie schreiben ihren Helden alles das zu, was sie sich wünschen, aber nicht geben können, da sie in einer oft wehlichen Spätzeit leben.

Von großen Kämpfen lesen wir da, von mächtigen Reichen, die sich über gewaltige Gebiete ausdehnen, von tapferem Streit, aber auch von List und geistiger Ueberlegenheit, die den Feind zu besiegen oder zu täuschen wußte. Ein Odysseus in seiner Schlaueit galt den alten Griechen ebenso gut als Held wie ein Achill, der ehrlich und lauter im offenen Kampf der Männer focht. Bei den alten nordischen Völkern kommt vielleicht noch der Zug des Kühnen, in die Ferne schweifenden Abenteurers dazu, wie er sich in den meist namenlosen Wikingern verkörpert. Und man kann es verstehen, daß von Leuten, die ihr Volk zur Kraft und Lebendigkeit führen wollen, Bewegungen versucht werden wie etwa die des norwegischen Norrön. Da läßt man das alte großnordische Reich wieder aufleben, das sich über Norwegen, Island, die Schetlands- und Orkney-Inseln, Schottland und die Insel Man erstreckte, militärische Verbindungen hatte und ein rechter Nährboden für Heldentum war. Die Bewegung hat eine Spitze gegen Dänemark, und Schweden wird ganz beiseite gelassen. Sie beschränkt sich natürlich wie ähnliche romantische Bewegungen auf kleine Kreise, aber ihr Vorhandensein ist bezeichnend für tiefere Ideen, die unsere Zeit erfüllen.

Aber schließlich läßt sich die Vergangenheit nicht wieder-erwecken und wiederholen. Das ererbte Heldentum unserer Vorfahren vor tausend Jahren ist zu kümmerlichen Resten in uns zusammengekrümpt, und der Blick auf die alten Helden, so interessant das sein mag, wird es nicht wieder erwecken, sondern allzuleicht in geistesreicher Romantik enden. So ist es geschehen mit dem Kunstwerk Richard Wagners, an dem man sich erbaut, an dem man verdient, und zwar sehr gut, das eine sehr schöne gesellschaftliche Angelegenheit geworden ist, das aber zu nichts verpflichtet und das mit der größten Lauheit und Feigheit im täglichen Leben und in den großen, jetzt die Menschheit bewegenden Kämpfen vereinbar ist.

Was ist der Sinn des Heldentums, das wir jetzt brauchen? Es wird ein stilleres und zugleich leidenschaftlicheres sein als ehedem. Lauter Waffensärm führt nicht mehr zum Sieg der Idee, sondern zäher und bedachtamer Kampf, und wer am besten schlägt oder gar wer am lautesten schreit, hat wenig Aussicht, an dem Sieg des Lichtes über die Finsternis entscheidend mitzuwirken. Und während ehedem die Leidenschaft naturgemäß nach dem Kampfe verrauht war und der Genuß des Lebens wieder einsetzte, bedarf es heute einer nie rastenden Leidenschaft, die gerade auch nach dem Siege nicht nachläßt, sondern weiß, daß ihr eine unendliche Aufgabe gestellt ist. Wir fühlen uns unendlich weit entfernt von der Welt, in der es nach dem alten Heldenliebe Voluspä vom Weltuntergang so aussieht: „Unbesät wird der Aker tragen. Es weicht das Böse. Bald kommt ... Einen Saal seh ich stehen, mit goldenem Dache, auf Gimleberg. Da soll ein Geschlecht der Gerechten wohnen und ewiglich Glück und Frieden genießen.“

Bürgerchaftsvorlagen

Erwerb einer Landfläche bei der Seilanfakt Strecknis

Für eine in absehbarer Zeit notwendig werdende Erweiterung der Seilanfakt Strecknis ist der Erwerb eines den Erben des Kaufmanns und Bauunternehmers Otto Kust in Hamburg gehörigen Grundstücks in Größe von 2 Hektar 84 Ar 70 Quadratmeter erforderlich. Die Witwe Amanda Kust geb. Clamer in Lübeck als alleinige Erbin hat der Finanzbehörde diese Landfläche zum Preise von 0,70 RM. je Quadratmeter, mithin im ganzen für 19.929 RM. zum Kauf angeboten und sich an das Angebot bis zum 1. März 1928 gebunden. Von dem Kaufpreis, der angemessen ist, werden 10.000 RM. auf zunächst 5 Jahre gestundet. Auf den übersteigenden Betrag wird eine Hypothek von 1250 RM. verrednet und der Rest bei der Auktion bar gezahlt werden. Die sämtlichen Kosten sollen geteilt werden. Der Senat ist mit dem Erwerb der Landfläche einverstanden und stellt einen diesbezüglichen Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft.

Abschließung von Erbbauperträgen aus Anlaß der Errichtung eines Flugplatzes in Travemünde.

In dem Antrage des Senates an die Bürgerchaft vom 5. Januar 1927, betreffend Erbauung eines Wasserflugplatzes in Travemünde ist auf die Absicht hingewiesen, für den Bau und den Betrieb des Flugplatzes auf dem Privatland seitens des Reichs, Hamburgs und Lübecks eine Gesellschaft zu errichten. Die Errichtung der Gesellschaft unter der Firma „Hanseatische Flughafen-Gesellschaft Lübeck-Travemünde m. b. H.“ hat inzwischen stattgefunden. Um der Gesellschaft die Benutzung des Privatlands als Flugplatz zu ermöglichen, ist mit ihr ein Erbbaupertrag abgeschlossen worden. Das für 60 Jahre in Erbbaupertrag gegebene Grundstück hat eine Gesamtgröße von etwa 116 Hektar 76 Ar. Für die vier ersten Vertragsjahre wird ein Erbbauzins nicht gezahlt. Vom Jahre 1931 ab wird ein Erbbauzins in Höhe der Hälfte des Reingewinns der Gesellschaft, mindestens jedoch 1000 RM. und höchstens 50.000 RM. jährlich entrichtet. Die Begrenzung nach oben ist erforderlich für die notwendige Eintragung des Erbbauzinses in das Grundbuch. Die Abschließung des Erbbaupertrages hatte zur Voraussetzung, daß der Pachtvertrag mit der Flugzeugwerke Caspar-Werke A.-G. in Berlin, an die bis zum Jahre 1944 fast das gesamte der Hanseatischen Flughafen-Gesellschaft in Erbbaupertrag vergebene Grundstück verpachtet war, gelöst wurde. Die Caspar-Werke haben sich hierzu unter der Bedingung bereit erklärt, daß ihnen an dem demnächstigen Grundstück auf dem Privatland, auf dem ihre Gebäude stehen, mit entsprechendem Grund und Boden ein Erbbaurecht bestellt werde. Mit dem Caspar-Werken ist der Erbbaupertrag bis zum Jahre 2000 abgeschlossen worden. Die Gesamtgröße des Grundstücks beträgt etwa 53.600 Quadratmeter. Als Erbbauzins sind alljährlich 60 RM. zu entrichten. Der Betrag entspricht der

Zum Lohnkampf im Hochofenwerk

Der Schiedspruch für verbindlich erklärt

Wie vorauszu sehen war, hat das Hochofenwerk beantragt, daß der Schiedspruch vom 12. Januar, der von der Arbeiterschaft als völlig ungenügend abgelehnt werden mußte, für verbindlich zu erklären. Wertwürdigerweise wurde dieser Antrag bereits zwei Tage vor Ablauf der Erklärungsfrist seitens der Betriebsleitung gestellt. Es kann also wohl kaum zutreffen, daß, wie Direktor Dreher in der Verhandlung erklärte, das Hochofenwerk sich nur schweren Herzens dazu entschlossen hätte, den Spruch anzunehmen.

Die Gewerkschaften haben selbstverständlich beantragt, den Antrag auf

Verbindlichkeitserklärung abzulehnen,

weil die Voraussetzungen hierzu nicht gegeben seien. Nach § 6 der Schlichtungsverordnung kann ein Schiedspruch nur für verbindlich erklärt werden, wenn die in ihm getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und ihre Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich ist. Es wird wohl von keinem unbefangenen Beobachter zugegeben, daß der Schiedspruch vom 12. Januar diesen Voraussetzungen entspricht, weder in der Lohnhöhe noch in bezug auf die Arbeitszeit.

Trotzdem der Schiedspruch fast ein ganzes Jahr Gültigkeit haben soll und nachgewiesenermaßen die Forderung jetzt schon um mehr als 5 Prozent gesteigert ist und vorauszu sehen ist, daß sie auch bis zum 30. November noch weiter steigen wird, hat der Schlichtungsausschuß

nur eine Lohnerhöhung von 3 Pfennig pro Stunde für Vollarbeiter

bewilligt, so daß also niemand behaupten kann, daß hier eine gerechte Abwägung der Interessen beider Teile vorliegt.

Ebenso liegt es mit der Arbeitszeit. Es wäre sehr wohl möglich, einen weit größeren Teil der Belegschaft des Hochofenwerks in die 8-stündige Schicht zu überführen, wenn nur der Wille hierzu auf Seiten der Betriebsleitung vorhanden wäre; aber man will eben nicht.

Die Verhandlung, die der Verbindlichkeitserklärung vorausgehen muß, kann man nicht anders als eine Komödie bezeichnen.

Das Hochofenwerk erklärte dort, daß es nicht in der Lage sei, darüber hinauszugehen, was in Rheinland und Westfalen ebenfalls durch einen verbindlich erklärten Schiedspruch festgelegt sei. Jeder Pfennig Lohnerhöhung koste dem Werk über 100.000 RM. pro Jahr. Das Werk wäre einfach nicht in der Lage, diese Belastung tragen zu können.

Die Ueberführung der Tagelöhner in die dreigeteilte Schicht

würde ebenfalls eine Mehrbelastung von 500.000 RM. pro Jahr bedeuten. Der Lohnanteil pro Tonne Roheisen sei wesentlich höher als in Westfalen, außerdem sei das Werk schon dadurch, daß es Jahrgeld für die Belegschaft zahlen müsse, erheblich mehr belastet als die westfälischen Werke. Aus allen diesen Gründen sei es also nicht möglich, über den Schiedspruch hinauszugehen.

Seitens der Verhandlungskommission wurde der Vorschlag gemacht, wenigstens einen Teil der Belegschaft in die 9-stündige Arbeitszeit zu überführen, beispielsweise die Handwerker. Aber auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt, trotzdem feststeht, daß das Werk

hierdurch in keiner Weise mehr belastet würde und trotzdem auch die Arbeiten, die von den Handwerkern zu verrichten sind, ordnungsmäßig ausgeführt würden.

Es wäre nun eigentlich Aufgabe des Schlichters gewesen, zu versuchen,

die Parteien einander näher zu bringen; aber nicht einmal der Versuch ist gemacht worden.

Meinte der Herr doch, wenn schon von beiden Parteien an ihrem Standpunkt festgehalten würde, daß es dann keinen Zweck hätte, sich den Mund zu fassen; zu reden; trotzdem bisher von Seiten des Schlichters noch gar nicht in die Debatte eingegriffen war. Als er aber doch einmal schüchtern von 4 Pfennig Lohnerhöhung sprach und ihn ein strenger Blick des Herrn Direktor Dreher traf, entschuldigte er sich sofort, indem er sagte: „Ich will Sie natürlich in keiner Weise beeinflussen.“ Unter diesen Umständen konnte natürlich eine Verständigung nicht stattfinden. Die Betriebsleitung war lediglich bereit, die 3 Pfennig schon ab 1. Januar zu zahlen und für die Handwerker einen Pfennig extra. Dieser Vorschlag mußte als völlig ungenügend von der Verhandlungskommission abgelehnt werden und so trat dann ein, was vorauszu sehen war: der Schiedspruch wurde unverändert für verbindlich erklärt. Bezeichnenderweise schon in der nächsten Stunde. Während bei früheren Anträgen auf Verbindlichkeitserklärung stets ein paar Tage vergingen, die der Schlichter brauchte, um sich zu überlegen, ob er die Verbindlichkeitserklärung aussprechen könnte oder nicht, scheint bei Herrn Dr. Dewick der Entschluß schon vor der Verhandlung festzulegen zu haben, denn sonst hätte er sich nicht gleich in Lübeck hinsetzen können, der Herr wohnt bekanntlich in Schwerin, um die Verbindlichkeitserklärung zu diktiert.

In der Begründung sagt er dann wörtlich: daß die in dem Schiedspruch getroffene Regelung sowohl die allgemeinen wie die besonderen Verhältnisse des Hochofenwerks Lübeck berücksichtigt und die Durchführung des Schiedspruches aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen dringend erforderlich ist. Richter hätte es heißen müssen:

Da der Schiedspruch besonders den Interessen des Hochofenwerks entspricht, wird er für verbindlich erklärt.

Denn daß ein solcher Schiedspruch aus sozialen Gründen für verbindlich erklärt werden muß, glaubt ja wahrscheinlich der Schlichter selber nicht, da doch die soziale Lage der Arbeiter des Hochofenwerks durch einen solchen Spruch nicht verbessert, sondern verschlechtert wird. Die Arbeiterschaft des Hochofenwerks wird sich unter den gegebenen Verhältnissen wohl mit der Verbindlichkeitserklärung abfinden müssen; muß aber doch die eine Lehre ziehen, daß, wenn seitens der Gewerkschaften Anordnungen getroffen werden, die auch reiflos durchgesetzt werden müssen. Wäre das geschehen, wären sie heute in einer günstigeren Situation. Der Schiedspruch und die Verbindlichkeitserklärung beweisen aber an sich, daß das ganze Schlichtungsverfahren allmählich zu einer Farce geworden ist und daß wirtschaftliche Fragen nicht durch Schlichtungsstellen, sondern durch Kämpfe ausgetragen werden müssen und daß die Gewerkschaften alle Ursache haben, den Kampf zur Beseitigung des Schlichtungsweins aufzunehmen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck

Freigewerkschaftlicher Jugendauschuß!

Jugendleiter und Jugendvertreter! Die Monatsbesprechung findet statt am Dienstag, dem 31. Januar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftssekretariat.

Am Sonntag, dem 5. Februar, vormittags 11 Uhr, findet wiederum eine Filmvorführung in der Stadthalle statt. Karten zum ermäßigten Preis von 30 Pfg. per Stück (an der Kasse 50 Pfg.) für freigewerkschaftlich organisierte Jugendgenossen sind zu haben im Gewerkschaftssekretariat. Wir bitten um rege Beteiligung.

Die F.G.J.-Abzeichen sind locken eingetroffen und können ebenfalls im Sekretariat des DGB, Johannisstraße 48, zum Preise von 30 Pfg. per Stück in Empfang genommen werden.

Mietzins und Erwerbslosenunterstützung

Darf ein Teil der Erwerbslosenunterstützung zur Deduktion des Mietzinses vom Arbeitsamt an den Hauswirt gezahlt werden?

Ein Bescheid der Reichsanstalt erklärt das für zulässig. Er macht lediglich die Einschränkung, daß derartige Maßnahmen auf Einzelfälle beschränkt bleiben müssen, in welchen im Interesse des Arbeitslosen ein Eingriff in dessen Verfügungsgewalt gerechtfertigt sei, vor allem besonders dann, wenn der Arbeitslose häuslich oder leistungsfähig die Miete nicht begleiche. Die Reichsanstalt stützt sich in ihrem Bescheid auf die Auffassung, daß nach dem Gesetz die Unterstüfung auch in Sachleistungen gewährt werden könne.

Der Erlaß der Reichsanstalt geht von falschen Voraussetzungen aus. Es handelt sich hier nicht um Sachleistungen, sondern um die Begleichung von Schulden des Arbeitslosen und dazu ist die Arbeitslosenversicherung nicht da. Der Vergleich mit den Sachleistungen geht daneben. Nicht die Reichsanstalt, sondern der Vermieter stellt die Wohnung zur Ver-

fügung. Die Reichsanstalt hat kein Recht, sich in die Rechtsbeziehungen zwischen dem Mieter und dem Hauswirt einzumischen. Nach dem Gesetz ist die Erwerbslosenunterstützung unpfändbar und nicht aufrechenbar. Nur eine Ausnahme gibt es, nämlich zugunsten unterhaltsberechtigter Familienmitglieder; im übrigen ist die Reichsanstalt verpflichtet, die Unterstüfung ungekürzt zur Auszahlung zu bringen. Der Erlaß der Reichsanstalt verstößt also gegen das Gesetz.

Zwei Vermisste.

Seit dem 18. d. M. wird der Buchhalter

Bernhard Heller, geboren am 17. 3. 07 in Gredesmühlen, aus seiner in der Hansestraße 28a befindlichen Wohnung ver-

misst. Er, der 1,75 Meter groß ist, hat ovales, hartes Gesicht, hellblondes, welliges Haar und ist von schlanker Statur. Er

trug schwarzen Ueberzieher mit Samtkragen, dunklen Schlapp-

hut und dunkelgrünen Anzug. Angenehmer ist, daß dem Ver-

missten ein Unglück zugefallen ist. Personen, die über den

zeitigen Aufenthalt des Vermissten sachdienliche Angaben machen

können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu

melden. Am daselbe werden Personen gebeten, die über den

zeitigen Aufenthalt der Ehefrau Maria Schäper, geborene

Schwarz, geboren am 5. 8. 1897 in Lübeck, wohnhaft Belzer-

straße 24a, Auskunft geben können. Genannte ist seit Montag

morgen um 8.30 Uhr aus ihrer Wohnung verschwunden und es

muß den Umständen nach angenommen werden, daß sie sich ein

Leid zugefügt hat. Die Ehefrau Schäper ist etwa 1,65 Meter

groß, hat dunkelblonden Kubitopf, graue Augen, blaßes Gesicht

und lückenhafte Zähne im Oberkiefer. Bekleidet war sie mit

schwarzem Samthut, grauem Mantel mit braunem Samtkragen,

grauem Rock, schwarzen Strümpfen, Schnürstiefeln, graubraun-

gestreifter Sportbluse, weißem Schläpfer und rotem, wollenen

Unterrod.

Ausfluß für Verkehrsweisen. Zu dem dem Ausfluß in der

Sitzung vom 5. Dezember zur Prüfung überwiesenen Antrage

des Senates auf Bewilligung von 22.000 RM. für die Beschaf-

fung zweier Raupenschlepper und 8000 RM. für den Probe-

betrieb mit ihnen, zusammen also 30.000 RM., beantragt der

Ausfluß einstimmig: daß der Baubehörde zur Beschaffung eines

Raupenschleppers sowie für den Probebetrieb mit diesem, soweit

erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, die Summe von

20.000 RM. zur Verfügung gestellt und auf Anleiheinstrumente an-

wiesen werde. Der Ausfluß ersucht ferner, der Bürgerchaft vor

dem Antrage auf Bewilligung eines zweiten Raupenschleppers

über die Ergebnisse des Probebetriebes zu berichten.

Neues aus aller Welt

Ein Helfseher als Leichenschänder

Auffsehen erregt in Köln die Verhaftung des Helfseher's Kassenrath, des Sohnes eines Kassenraths. Helfseher wird beschuldigt, an einer Kirchhofsanstaltung teilgenommen zu haben. Er soll mit Hilfe mehrerer Komplizen die Gruft einer bekannten Kölner Familie aufgesprengt haben. Der Sarg wurde um Mitternacht mit Meißel und anderen Werkzeugen geöffnet. Nach Aussage Kassenraths befinden sich im Sarg wichtige Dokumente, die sich auf eine Millionenerbschaft beziehen. Die Verbrechen kamen jedoch nicht zum Vorschein, da sich die betreffenden Schriftstücke nicht im Sarg befanden.

Stierkampf auf offener Straße

In Madrid machte sich ein mit der Herde zum Schlachthof geführter Stier los. Quer durch Madrid rasend, verwundete das wilde Tier mehrere Menschen, darunter zwei alte Leute schwer. Die Polizei konnte den Stier nicht erschließen, weil sich dieselbe Leute auf der Straße befanden. Schließlich begegnete der Stier auf der Hauptgeschäftstraße von Madrid, der Gran Vía, dem Torero Fortuna. Dieser schickte seinen Chauffeur in seine Wohnung, um ihm seinen Stierkampfdegen zu holen. Inzwischen gänzele er den Stier eine Viertelstunde lang nach allen Regeln der Arena auf der Gran Vía herum, bis der Degen eintraf. Mit diesem löbete Fortuna dann den Stier mit einem einzigen eleganten Stoß. Fortuna ist der Held des Tages in Madrid. Die Damen streuen ihm Blumen und die Geschäftsleute aus der Gran Vía beantragen für ihn bei der Regierung die Verleihung des Wohltätigkeitskreuzes.

Mißglückte Meerüberquerung. Die englische Schwimmerin Miss Gleiche, die Dienstag morgen abermals gestartet war, um die Meerenge von Gibraltar zu durchqueren, geriet nach stündiger Schwimmpartie in einen starken Tiefseewirbel. Erst im letzten Augenblick konnte sie von ihrem Begleitboot aus vom Tode des Ertrinkens gerettet werden.

Die Untersuchung der furchterlichen Explosionskatastrophe in der Landsberger Allee in Berlin hat ergeben, daß als Ursache des Unglücks nur eine Entzündung von großen Gasemengen in Frage kommen kann. Wahrscheinlich liegt der Herd der Explosion in den Kellerkellern des teilweise eingestürzten Hauses.

Mit dem Auto in den Fluß gestürzt. Auf der Brücke, die über den Spetuck-Fluß (Connecticut) führt, stieß ein Automobil, in dem ein Ehepaar mit fünf Kindern einen Ausflug machte, mit einem Motorrad zusammen. Das Auto stürzte in den Fluß. Sämtliche sieben Insassen des Automobils fanden den Tod.

Luftmord. In Klaeden bei Stendal wurde die völlig eingeschneite Leiche einer ungefähr 35jährigen Frau aufgefunden, die schon mehrere Tage im Schnee gelegen haben muß. Nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei und der Gerichtskommission handelt es sich um einen Luftmord. Die Polizei glaubt, in der Leiche die seit längerer Zeit aus Staffurt vermisste Wirtschafterin Kempe zu erkennen.

Untergang des Hamburger Schleppdampfers „Albatros“

Die Besatzung von 13 Mann ertrunken, darunter 2 Lübeder

Dem orkanartigen Sturm, der während der letzten Tage an der norwegischen Küste wütete, ist, wie die Bugfischer-Reederei- und Bergungs-G. einem Telegramm aus Bergen entnehmen muß, der Schleppdampfer „Albatros“ zum Opfer gefallen. Bei dem Untergang dieses Schiffes hat leider die gesamte Besatzung von 13 Personen den Tod in den Wellen gefunden.

Der Dampfer „Albatros“, mit dem kleinen norwegischen Dampfer „Maurita“ im Schlepptau, befand sich auf der Reise von Borland, wo er zuletzt seinen Kohlenvorrat ergäuzt hatte, nach Bergen. Der von dem Dampfer „Albatros“ geschleppte Dampfer „Maurita“, durch welchen die Nachricht von dem Untergang des Schiffes übermittelt worden ist, ist inzwischen nach einem Plätz in der Nähe von Alesund angekommen. Soweit die bisherigen Nachrichten erkennen lassen, hat der Kapitän des Dampfers „Albatros“ trotz der herrschenden schweren Stürme

Der Ausbruch des Krakatau

Der Krakatau schleudert nun bereits seit drei Tagen glühende Lavaflecken in die durch die gewaltigen Ausbrüche aufgewühlte See bis zu einer Höhe von 100 Meter. Am Montag wurden die glühenden Steinmassen bis 1200 Meter hoch geschleudert. Der Vulkanologe Siehn hat drei Eruptionenpunkte festgestellt. Die Ausbrüche erfolgen unter furchtbarem, donnerähnlichem Getöse. Das Meer tobt und braust. Es wurden ähnliche Phänomene beobachtet, wie bei dem Ausbruch im Jahre 1883, der gewaltigsten vulkanischen Katastrophe der letzten Jahrhunderte. Nach Dr. Siehns Ansicht nähern sich die Eruptionenpunkte der Wasseroberfläche. Der Gouverneur von Westjava hat alle Maßnahmen getroffen, um die entsetzte Bevölkerung in Sicherheit zu bringen. Es besteht die Gefahr, daß die Eruptionen durch Einbrechen der Gesteinsmassen verstopft würden, so daß sich nach Annahme Dr. Siehns eine ähnliche Explosion wie im Jahre 1883 ereignen würde.

Die Nichte des Papstes ermordet

In Mailand wurde am Montag die Nichte des Papstes, Fräulein Angelina Ratti, eine Tochter des Mailänder Seidenindustriellen Ferruccio Ratti, in ihrer Wohnung von einem Einbrecher erschlagen. Es ist der Polizei bisher noch nicht gelungen, dem Täter auf die Spur zu kommen. Die Ermordete scheint sich allein in der Wohnung aufgehalten zu haben, als der Verbrecher eindrang, sie kurzerhand niederzuschlug und nach Wertvollere Silberfachen und Wäsche die Flucht ergriff. Als Fräulein Ratti von Hausangestellten aufgefunden wurde, gab sie noch Lebenszeichen von sich. Sie erlag jedoch ihren Verletzungen, bevor ein Arzt zur Stelle war.

Feuertwasser

Ein Kegerstamm des Kongogebietes veranstaltete zu Ehren anwesender Europäer eine Schönheitskonkurrenz für Damen, wobei die anwesenden Gäste Preisrichter sein mußten. Hüfte und Kleider vergangener Moden, Gott weiß wo aufgetrieben, aber auch moderne Toilettenartikel wie Lippenstifte, Puder, Kölnisch-Wasser wurden von den Weibern als Preise für die zehn schönsten Kongonegerinnen gestiftet. Die Preisgekrönten waren entzückt, aber sonderbarerweise wurden nicht die mit den besten Preisen bedachten Damen von der schwarzen Männlichkeit besonders begehrt, sondern weit mehr die mit Trostpreisen in Form von Toilettenartikeln Beschenkten. Die schwarzen Herren hatten nämlich bald herausgefunden, daß das Eau de Cologne alkoholhaltig sei. Sie tranken es und gaben den herabgesehenen und weinenden Frauen den Trostpreis ihrer Liebe als Ersatz.

Frauenmord. In einem abgelegenen Winkel des Pariser Vororts St. Denis wurde von einer Lumpensammlerin der in einem schwarzen Mantel gehüllte Kumpf einer jungen Frau entdeckt. Nicht weit davon wurden die beiden Arme, an einer anderen Stelle die Beine und in etwa 20 Meter Entfernung der Kopf gefunden. Die Mordkommission ermittelte, daß es sich um die Leiche einer 25jährigen Frau handelt, die, wie man annimmt vor zwei Tagen von ihrem Geliebten ermordet und zerstückelt worden ist. Die Verhaftung des Mörders steht bevor.

Wartezeit und Arbeitslosenversicherung. In der Frage, ob bei der Arbeitslosenunterstützung der Tag der Anmeldung in die dreitägige Wartezeitfrist einzurechnen ist oder nicht, d. h., ob also praktisch eine Dreier- oder Vierertage-Wartezeit in Frage kommt, hat die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung soeben eine Entscheidung getroffen. Die Reichsanstalt hat nichts dagegen, wenn der Tag der Anmeldung in die Wartezeitfrist eingerechnet wird und von den Arbeitsämtern die für die Arbeitslosen günstige Regelung getroffen wird.

Falsche 2 Mark-Stücke. Festgenommen wurde der frühere Schlosser, jetzige Kraftwagenführer W., der nachgewiesenermaßen in der Nacht zum Sonntag zwei falsche Zweimarkstücke ausgegeben hatte. Fünf weitere ebenfalls falsche Stücke wurden vor seiner Wohnung gefunden. Annahmen ist, daß W. weitere falsche 2 Mark-Stücke veräußert hat. Solche werden im Bureau der Kriminalpolizei entgegengenommen.

Sarlan-Lucas-Abend. Auf die Darbietung alter Kammermusik auf historischen Instrumenten durch die beiden Meister Sarlan und Lucas am Sonnabend, dem 28. Januar, abends 8 Uhr, im Lesesaal der Stadtbibliothek, Hundestraße 5, wird hierdurch noch einmal hingewiesen. Aus Leipzig, Kiel, Stuttgart, Hean u. a. nachstehende Presseurteile vor: Leipzig: „Ein einzigartiges Konzert, das in seiner Ausführung lässlich wirkte.“ Kiel: „Von vornehmsten Stillegefühlen getragen und durch die hervorragende spielerische Beherrschung der Instrumente gefördert, spielten die beiden Künstler ihre Vokal.“ Stuttgart: „Hier ist alles echt, schlichte, deutsche Kunst, durch deren Pflege sich die ausführenden große Verdienste erwerben.“

Die Belegschaft der Firma Thiel & Söhne befindet sich wegen Lohnunterschieden im Streik. Inzug ist fernzuführen. Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Lübeck

Gutes Jahr der Volksfürsorge

Das Geschäftsjahr 1927 der Volksfürsorge ist ein Jahr des Erfolges gewesen, und zwar das erfolgreichste in den 15 Jahren seit der Gründung. Innerlich gut gefestigt und fundiert, über eine gute Inkasso- und Werbeorganisation verfügend, konnte dieses gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen ins neue Jahr gehen. Während des Berichtsjahres sind 376.591 Anträge gestellt worden, so daß die Volksfürsorge Ende des Jahres 1927 mit einem Bestand von über 1 Million Volks- und Lebensversicherungen mit einer Versicherungssumme von etwa 100 Millionen Mark abschloß. Durchschnittlich kamen monatlich über 30.000 Renanträge herein. Die Prämien-einnahme belief sich auf rund 17½ Millionen Mark, die Einnahme an Zinsen für ausgeliehene Kapitalien auf rund 1,6 Millionen Mark. Die gesamte Kapitalanlage erreichte eine Höhe von nahezu 31 Millionen Mark. Für Sterbefälle sind im Jahre 1927 etwa 1,5 Millionen Mark ausgezahlt worden, davon für Anfälle rund ¼ Million Mark. Die gesamten Versicherungsleistungen seit Beendigung der Inflation bis zum Jahresende 1927 machten eine Summe von über 3 Millionen Mark aus.

Das endgültige Jahresergebnis steht erst nach Fertigstellung des Rechnungsabchlusses fest, doch beweisen diese vorläufigen Zahlen schon, wie erfreulich sich die Volksfürsorge weiter entwickelt hat.

Freie Rundfunkvortrräge

Hörsaal der Volkshochschule, Hundestraße 1, Hofgebäude 1. Etage
Donnerstag, den 26. Januar

16.00 Uhr: Erziehungsberatung (Dr. Klopfer und Luffel Kopen). — 16.30 Uhr: Der dreißigjährige Krieg (Oberst a. D. Schwerdtfeger). — 17.00 Uhr: Uebertragung des Nachmittagskonzertes Berlin. — 18.00 Uhr: Weltpolitische Stunde (Maximilian Müller-Sabusch).

Die hohe Wonnegans

Gewiß echte Deutsche, denen die Befundung ihrer Untertanenpflicht dringendes Bedürfnis ist, haben auch in diesem Jahre nicht veräußert, ihre alleruntertänigsten Geburtstagsglückwünsche an Wilhelm den Letzten zu schreiben. Das geschah auf schönen weißen Foliobögen, die am Kopf einen Eisenkranz mit einer Krone und dem Zeichen „W. II.“ trugen, und auf denen geschrieben stand: „Allergnädigster Kaiser, König und Herr! In aller deutscher Treue senden deutsche Frauen und Männer Ew. Majestät die ergebensten Glückwünsche zum Geburtstag, mit dem Gelöbniß unwandelbarer Treue. Ew. Majestät alleruntertänigste...“ Darunter standen die Namen von allerhand Kleinbürgern, die in der „hohen Wonne ganz“ erschauern, ihn noch heute als ihren „Stehling des Volkes“ begrüßen zu dürfen. Wir wollen einmal ein paar Stichproben machen, aus denen hervorgeht, in welcher Weise sich Wilhelm einst die unbegrenzte Hochachtung und Liebe seiner Untertanen erworben hat.

Als König von Preußen hatte Wilhelm II. ein jährliches Einkommen von 16 Millionen Mark, die „Sein Volk“ für seine Zivilliste aufbringen mußte, mit denen aber nur schwer auszukommen war, weil Wilhelm 70 Schloßer und 3000 Anzüge und Uniformen hatte und für diese und andere Dinge 4000 Beamte brauchte. Man nannte das damals (und nennt es auch heute noch) „altpreussische Spararmut“. Nach einem Berichte der „Täglichen Rundschau“ vom 27. Oktober 1915 hat Wilhelm schon als Kronprinz einmal zu der russischen Prinzessin Krussow geäußert, er beneide den Zaren wegen seiner Macht. Es mußte wundervoll sein, ohne Parlament zu regieren. Wilhelm war also schon als Kronprinz scharfster Gegner der Volksvertretung und ist es auch als Kaiser und König geblieben. In einem Telegramm an den Oberpräsidenten von Ostpreußen vom 15. Juni 1911 drückte Wilhelm seine Freude darüber aus, daß auf einer internationalen Konferenz von Luxemburg drei ostpreussische Pferde prämiert worden waren. Er sprach den ostpreussischen Züchtern seine Glückwünsche und zum Schluß die Versicherung aus, daß weitere Erfolge „mit Gottes Hilfe“ nicht ausbleiben würden. (Was der liebe Gott nicht alles für den Herrscher „von Gottes Gnaden“ tun sollte!) Als am 18. Dezember 1901 die letzte Gruppe der Siegesallee-Denkmal enthielt worden war, ließ sich Wilhelm auf dem im Anschluß daran gegebenen Festmahle also vernehmen: „Eine Kunst, die sich über die von mir bezeichneten Gehehe und Schranken hinwegsetzt, ist keine Kunst mehr. Sie ist Fabrikarbeit, ist Gewerbe.“ Sämtliche Künstler, die an der Schaffung der Siegesallee mitgewirkt hatten, schlugen gehorcht diesen Ansinnen zusammen mit dem Diner, das ihnen der Kaiser gab. Schließlich darf auch nicht jene vielgenannte Rede vergessen werden, die Wilhelm am 23. November 1891 bei der Rekrutenvereidigung der Garderegimenter in Potsdam hielt, und in deren Verlauf er nach dem Bericht des „Berliner Lokalanzeigers“ sagte: „Es kann vorkommen, daß ihr eure eigenen Verwandten und Brüder niederschließen oder stechen müßt.“

Wie hat sich das freie deutsche Bürgertum zu diesem menschenfreundlichen Herrscher gestellt? Ein Düsseldorf'er Schwimmverein hat einmal bei ihm alleruntertänigst angefragt, ob er vor dem Kaiser einen Schwimm-Parade-Marsch ausführen dürfe. Also selbst im Wasser wollte man vor ihm auf dem Bauch rutschen. Dieser Ergebenheitsdrang scheint — wie die oben mitgeteilte Glückwunschkarte erkennen läßt — auch heute noch lange nicht ausgestorben zu sein.

Landarbeiter

Für eine gerechte Berechnung der Unfallrenten der Landarbeiter führt der Deutsche Landarbeiter-Verband seit einiger Zeit einen energischen Kampf. Er verlangt, daß die Unfallrenten nicht mehr nach dem sogenannten durchschnittlichen und vom Oberversicherungsamt festgesetzten Jahresverdienst berechnet werden, sondern nach mehreren hundert Mark unter dem wirklichen Jahreseinkommen der Landarbeiter liegt, sondern daß die Berechnung unter Zugrundelegung des wirklichen Jahreseinkommens des in Frage kommenden Landarbeiters erfolgt. Bei einigen Oberversicherungsämtern, so in Ostpreußen, in Westfalen und im Freistaat Sachsen hat der Deutsche Landarbeiter-Verband Erfolg gehabt. Man hat sich dort entschlossen, die durchschnittlichen Jahresarbeitsverdiensthöhe zu erhöhen. So sollen in Westfalen von 1. Januar ab folgende durchschnittlichen Jahresarbeitsverdiensthöhe gelten: für männliche landwirtschaftliche Arbeiter über 21 Jahre 1029 RM., bisher 780 RM.; von 16 bis 21 Jahren 771 RM., bisher 585 RM.; unter 16 Jahren 516 RM., bisher 390 RM.; für weibliche landwirtschaftliche Arbeiter über 21 Jahre 870 RM., bisher 680 RM.; von 16 bis 21 Jahren 654 RM., bisher 495 RM.; unter 16 Jahren 435 RM., bisher 330 RM. Im Freistaat Sachsen sind am 1. Dezember 1927 folgende Sätze in Kraft getreten: für männliche Landarbeiter über 21 Jahre 1020 RM., bisher 900 RM.; von 16 bis 21 Jahren 744 RM., bisher 560 Reichsmark; von 14 bis 16 Jahren 543 RM., bisher 480 RM.; für weibliche Landarbeiter über 21 Jahre 678 RM., bisher 600 Reichsmark; von 16 bis 21 Jahren 645 RM., bisher 570 RM.

Wie sich die neuen festgesetzten durchschnittlichen Arbeitsverdiensthöhe bei der zukünftigen Berechnung der Unfallrenten auswirken, mögen folgende Beispiele veranschaulichen: In Westfalen bekam bis jetzt ein verunglückter Landarbeiter über 21 Jahre bei vollständiger Erwerbsunfähigkeit 66% Proz. von dem sich auf 780 RM. belaufenden durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst, also 520 RM., zukünftig wird er 66% Proz. von dem sich auf 1029 RM. belaufenden Jahresarbeitsverdienst, d. h. 688 RM. bekommen. In Ostpreußen bekam bis jetzt ein verunglückter Landarbeiter über 21 Jahre bei vollständiger Erwerbsunfähigkeit 66% Proz., von dem sich auf 600 RM. be-

den geschleppten Dampfer nicht seinem Schicksale überlassen wollen, sondern bis zuletzt versucht, das geschleppte Schiff in den näheren Hafen zu bringen. Dabei ist der Schleppdampfer selbst mit seiner ganzen Besatzung ein Opfer der Pflichterfüllung geworden.

Die ertrunkene Besatzung:

- Kapitän Dietrich Kunze, Schiffschiff.
- Steuermann Schulz, Hamburg.
- Erster Maschinist Gronow, Lübeck.
- Zweiter Maschinist Eigen, Lübeck.
- Kunfbeamter Lüding, Halle/Saale.
- Kunfbeamter Sumf, Hamburg.
- Koch Fanel, Hamburg.
- Matrose Lemcke, Steint.
- Matrose Kohnmann, Hamburg.
- Seizer Erwin Müller, Hannover.
- Seizer Boje, Ostermoor.
- Seizer Weike, Stabe-Brunshausen.
- Junge Hilmer, Hamburg.

laufenden Jahresarbeitsverdienst, gleich 400 RM., zukünftig wird er 66% Proz. von dem sich auf 480 RM. belaufenden Satz, gleich 317 RM., erhalten.

Das ist fraglos ein beachtenswerter Erfolg. Genügend ist er jedoch erst dann, wenn die Unfallrenten in der Landwirtschaft unter Zugrundelegung des wirklichen Verdienstes berechnet wird. Wenn den Oberversicherungsämtern der Mut zur Festsetzung zeitgemäßer Berechnungssätze fehlt, müssen sie es der Öffentlichkeit sagen; denn der Deutsche Landarbeiter-Verband wird nicht eher ruhen, bis den Landarbeitern die Unfallrenten wirklich gerecht berechnet werden.

*

Der Beschluß des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, für die allmähliche Beseitigung der Deputatenlohnung in der Landwirtschaft zugunsten der reinen Parentlohnung zu kämpfen, hat dazu geführt, daß in den landwirtschaftlich interessierten Kreisen jetzt lebhaft über die Frage der Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der Deputatenlohnung debattiert wird. So erklärte der Rittergutsbesitzer Dr. Kaufmann-Lünga auf der 30. Hauptversammlung des Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrt und Heimatspflege, deren genauer Bericht jetzt vorliegt:

„Wirtschaftlich richtig ist es unter allen Umständen, wenn die Entlohnung nur auf der Geldbasis beruht. Die Deputatenlohnung in ihrer Verweigerung muß im Laufe der Zeit abgebaut werden und letzten Endes möglichst verschwinden. Die Arbeitsfreudigkeit würde steigen, wenn die Arbeiter mehr Geld ausbezahlt bekommen würden. Der Arbeiter kann nie mit einer bestimmten Geldsumme rechnen. Der Roggen ist eben ein Produkt des Marktes. Der Arbeiter bekommt aller Monate viermal Roggen, dreimal Weizen und zweimal mal Gerste. Er bekommt das Deputat, er weiß aber nicht, was es wert ist. Wenn er es verkauft, bekommt er natürlich viel weniger, als es notiert wird. Zweitens muß er sich erst einmal nach dem Preis erkundigen. Drittens schwanken die Preise. Es ist also keine gleichmäßige fortlaufende Entlohnung. Der Arbeiter aber rechnet mit festen Summen.“
Die Landarbeiter handeln klug, wenn sie sich diese Erklärung merken.

